DAS WICHTIGSTE AUS POLEN 5.JULI BIS 18.JULI 2020

Aleksandra Rybińska und Janusz Tycner diskutieren die wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit in Polen ♦ Andrzej Duda: knapper Sieg mit weitreichenden Folgen ♦ Wie wird Andrzej Duda seine zweite und letzte Amtsperiode gestalten? ♦ Rafał Trzaskowski: der Sonnyboy der polnischen Politik vor großen Herausforderungen ♦ Wird das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen etwas in den polnisch-deutschen Beziehungen ändern? ♦ Der politische Dauerbrenner „deutsche Medien in Polen“ wieder einmal zum Glühen gebracht.

DAS WICHTIGSTE AUS POLEN 19. NOVEMBER – 9. DEZEMBER 2017

Kommentatorin Aleksandra Rybińska und Janusz Tycner diskutieren die wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit in Polen. ♦ Der Wechsel an der Regierungsspitze. Die populäre und erfolgreiche Beata Szydło musste gehen wird aber weiterhin in der ersten Liga der polnischen Politik wirken. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki: ein herausragender Wirtschaftsprofi soll den nationalkonservativen Umbau Polens zu neuen Erfolgen führen. ♦ Wie sich Polen nach und nach aus der Energieabhängigkeit von Russland befreit. Amerikanisches Flüssiggas hilft dabei. ♦ Jamaika wäre für Polen besser. Mit der GroKo und „Polenschreck“ Martin Schulz in der Regierung sind weitere deutsch-polnische Spannungen bereits vorprogrammiert.

DAS WICHTIGSTE AUS POLEN 29. OKTOBER – 18. NOVEMBER 2017

Kommentatorin Olga Doleśniak-Harczuk und Janusz Tycner diskutieren die wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit in Polen. ♦ Zwei Jahre Kabi-

nett Beata Szydło. Rekord-Umfragewerte belegen Erfolge. ♦ Der Warschauer Unabhängigkeitsmarsch am 11. November. Die Freude am Nationalfeiertag und die Mär vom Aufmarsch der sechzigtausend Faschisten. ♦ Erneute Polen-Schelte im Europäischen Parlament endet mit Aufruf zu Sanktionen. ♦ Düsterheit, Düsterkeit, Düsternis – die differenzierte Berichterstattung deutscher Medien über Polen.

VORHABEN UND KAPRIOLEN DES SPRINGER-VERLAGES IM STAATE POLEN

Was man den Ureinwohnern so vorsagen muss.

Es gibt Dinge, die man lieber nicht schreiben sollte. Ob das Mark Dekan, dem Chef der Ringier Axel Springer Media AG in Polen, im Nachhinein aufgegangen ist, wissen wir nicht. Eins aber wurde schnell klar als sein an die polnischen Mitarbeiter des Verlages gerichteter Rundbrief an die Öffentlichkeit kam: jemand, der so hart wie die führenden Springer-Medien in Polen austeilt, vermag ganz offensichtlich nicht in gleicher Weise einzustecken.

Ringier Axel Springer-Sitz in Warschau.

Besessen von Kaczyński. „Newsweek Polska“ 12/2015 „Recht und Gerechtigkeit bebt“.

Den Wortlaut der Botschaft Dekans drucken wir am Ende dieses Beitrags ab. In besagtem Rundbrief vom 10. März 2017 gab der Chef die Auslegung des Streits um die Wiederwahl von Donald Tusk zum Präsidenten des Europäischen Rates zum Besten. Einer Wiederwahl, die die polnische Regierung vergeblich zu verhindern versuchte.

Lasst uns den Polen vorsagen

Dekan:

● „Das Spiel endete mit dem Ergebnis 27 : 1!“ ● „Verloren in diesem Kampf hat neben Jarosław Kaczyński der gute Ruf Polens als glaubwürdiger EU-Partner.“ ●„Ideologie und primitive Manipulationen haben gegen Werte und Verstand verloren.“ ● „Das ist der Augenblick, in dem sich freie Medien, wie wir, ins Spiel bringen.“ ● „Lasst uns ihnen (den Polen – Anm. RdP) vorsagen, was zu tun ist, um auf der (EU – Anm. RdP)-Schnellspur zu bleiben, und nicht auf dem Parkplatz zu landen.“

„Newsweek Polska“ 16/2015 „Der Attentäter“.

Wer von den verstimmten polnischen Mitarbeitern das Schreiben nach außen befördert hat, ist nicht bekannt. Die Wirkung jedenfalls war enorm, und die Erklärungsversuche des Unternehmens konnten den Schaden kaum begrenzen.

„Die Anschuldigung, Mark Dekan habe angeblich unsere Journalisten angeleitet, wie sie über den Fortgang der politischen Entwicklung zu berichten haben, und dass in irgendeiner Form Druck auf sie ausgeübt worden sein soll, ist grundsätzlich falsch und nicht zu akzeptieren“, dementierte die Pressesprecherin des Verlages.

„Newsweek Polska“ 20/2015 „Wahlfälschung“.

Wie auch immer, eine grundsätzlich andere Meinung als die des Chefs

zum Thema Tusk und seiner Wiederwahl zum EU-Ratspräsidenten, war in den polnischsprachigen Medien des Springer-Konzerns jedenfalls nicht zu vernehmen.

Widerstand beflügeln, Widerstand organisieren?

Der Schlamassel war groß, denn Dekans interne Ausführungen entsprachen dem Gebaren der führenden polnischsprachigen Springer-Medien. Diese stehen nämlich mit an vorderster Front eines unerbittlichen medialen Kampfes gegen die jetzige polnische Regierung. Man könnte denken, Jarosław Kaczyński wäre ein persönlicher Feind des Verlages. Jedenfalls erwecken die Titelseiten von „Newsweek Polska“ sehr stark den Eindruck einer beinahe schon Besessenheit.

„Newsweek Polska“ 39/2015 „Kaczyńskis Geheimnisse“.

Innerhalb des aktuellen politischen Konfliktes in Polen bezieht der Konzern eindeutig und uneingeschränkt auf einer Seite Stellung. Seine führenden polnischsprachigen Medien ziehen jeden Tag aufs Neue ins Feld gegen Personen und Vorhaben der Regierungspartei. Dabei werden stets schwerste Keulen geschwungen. Ausgewogenheit, Zurückhaltung, Gegenargumente sucht man meistens, leider, vergebens.

Doch damit nicht genug. Der leitende polnische Mitarbeiter des Konzerns, der „Newsweek Polska“-Chefredakteur Tomasz Lis gehört zu den rührigsten geistigen Anführern der Opposition. Tag ein, Tag aus beschimpft er in den sozialen Medien wüst die Regierung und ihre Anhänger, mobilisiert zum Widerstand, tritt als feuriger Redner bei Antiregierungs-Demonstrationen auf.

„Newsweek Polska“-Chefredakteur Tomasz Lis auf den Barrikaden des Widerstandes.

Als weiteres Beispiel anzuführen wäre sein Kollege Michał Broniatowski, Chefredakteur von „Forbes Polska“, ebenso wie „Newsweek Polska“ ein polnischsprachiges Springer-Magazin. Broniatowski ließ seinen Bürgerkriegs- und Gewaltfantasien freien Lauf. Auf dem Höhepunkt der Sejm-Besetzungskrise im Dezember 2016 verfasste der leitende Springer-Mitarbeiter auf Facebook eine genaue Anleitung, wie man einen blutigen Maidan in Warschau organisieren sollte:

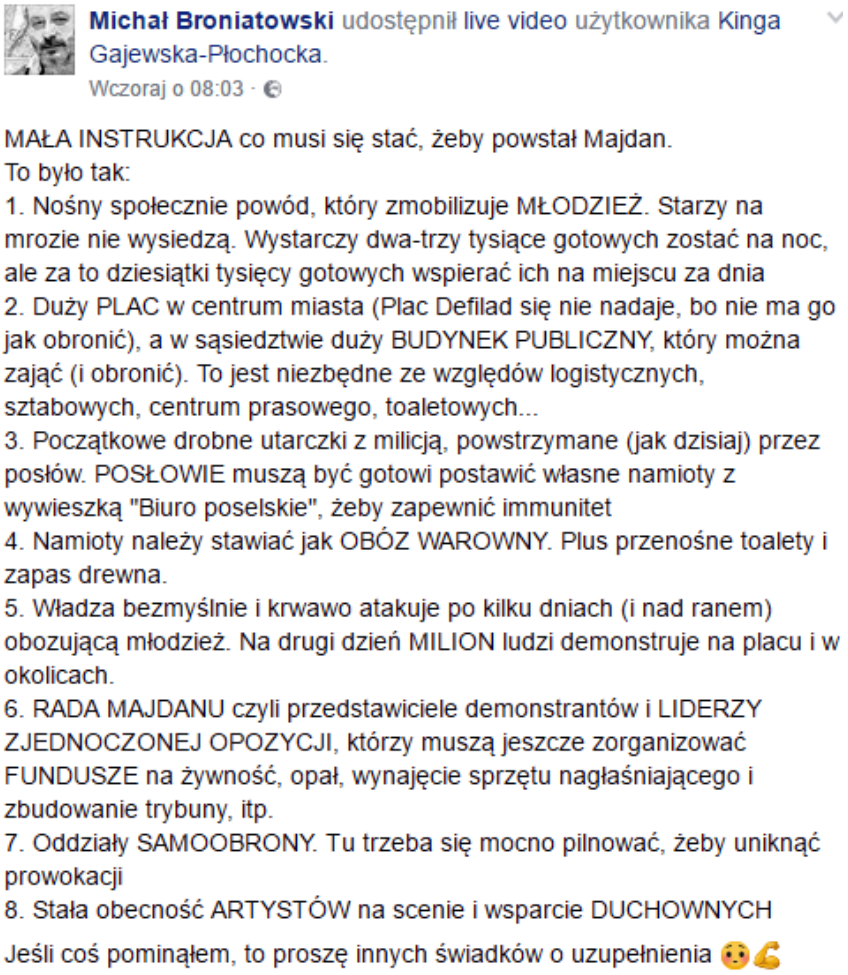
„Forbes Polska“-Chefredakteur Michał Broniatowski.

„(…) Es genügen zwei- bis dreitausend Leute, die über Nacht ausharren, hingegen Zehntausende, die bereit sind sie tagsüber zu unterstützen.

Außerdem“, so Broniatowski weiter, „sollte ein großer Platz im Zentrum ausgewählt werden (…) mit einem großen öffentlichen Gebäude in der

Nachbarschaft, das man besetzten (und verteidigen) kann. Das ist notwendig aus logistischen, stabsmäßigen, medialen (Pressezentrum), hygienischen (Toiletten) Gründen (…). Zelte müssen wie in einer Wagenburg aufgestellt werden. (…) Die Behörden greifen nach einigen Tagen (im Morgengrauen) stumpfsinnig und blutig die zeltende Jugend an. Am nächsten Tag demonstrieren eine Million Leute auf dem Platz und in seiner Umgebung.(…)

Abteilungen des Selbstschutzes. Hier muss man sehr genau aufpassen, um Provokationen zu vermeiden. (…) Sollte ich etwas vergessen haben, dann bitte ich (…) um Ergänzungen."



Michał Broniatowski udostępnił live video użytkownika Kinga Gajewska-Płochocka.
Wczoraj o 08:03 ·

MAŁA INSTRUKCJA co musi się stać, żeby powstał Majdan.
To było tak:
1. Nośny społecznie powód, który zmobilizuje MŁODZIEŻ. Starzy na mrozie nie wysiedzą. Wystarczy dwa-trzy tysiące gotowych zostać na noc, ale za to dziesiątki tysięcy gotowych wspierać ich na miejscu za dnia
2. Duży PLAC w centrum miasta (Plac Defilad się nie nadaje, bo nie ma go jak obronić), a w sąsiedztwie duży BUDYNEK PUBLICZNY, który można zająć (i obronić). To jest niezbędne ze względów logistycznych, sztabowych, centrum prasowego, toaletowych...
3. Początkowe drobne utarczki z milicją, powstrzymane (jak dzisiaj) przez posłów. POSŁOWIE muszą być gotowi postawić własne namioty z wywieszką "Biuro poselskie", żeby zapewnić immunitet
4. Namioty należy stawiać jak OBÓZ WAROWNY. Plus przenośne toalety i zapas drewna.
5. Władza bezmyślnie i krwawo atakuje po kilku dniach (i nad ranem) obozującą młodzież. Na drugi dzień MILION ludzi demonstruje na placu i w okolicach.
6. RADA MAJDANU czyli przedstawiciele demonstrantów i LIDERZY ZJEDNOCZONEJ OPOZYCJI, którzy muszą jeszcze zorganizować FUNDUSZE na żywność, opał, wynajęcie sprzętu nagłaśniającego i zbudowanie trybuny, itp.
7. Oddziały SAMOOBRONY. Tu trzeba się mocno pilnować, żeby uniknąć prowokacji
8. Stała obecność ARTYSTÓW na scenie i wsparcie DUCHOWNYCH

Jeśli coś pominąłem, to proszę innych świadków o uzupełnienia 😳💪

Broniatowski-Anleitung zum blutigen Maidan in Warschau.

Kein Wunder, dass angesichts eines solchen Verhaltens in der Öffentlichkeit die Frage aufkam, ob denn etwa auch das Schüren von Unruhen im Nachbarland zum Verlagsprogramm gehöre. Der Konzern jedenfalls hat sich von den Aktivitäten seiner leitenden Mitarbeiter in Polen nie eindeutig distanziert.

„Newsweek Polska“ 40/2015 „Kriege in der Kaczyński--Familie“.

German Übermacht

Der deutsche Springer-Verlag betreibt sein Polen-Geschäft seit 2010 gemeinsam mit dem Schweizer Medienkonzern Ringier AG als Ringier Axel Springer Media AG und hat es auf landesweite Medien abgesehen.

Springer ist (seit 2009) Herausgeber von „Fakt“ (der polnischen „Bild-Zeitung“, wie sie genannt wird), des auflagenstärksten Blattes in Polen (Februar 2017: ca. 280.000 verkaufte Exemplare pro Tag) sowie von zwei Sport-Blättern: „Sport“ und „Przegląd Sportowy“ („Sport Rundschau“).

„Newsweek Polska“ 44/2015 „Staatsoberhaupt“.

Hinzu kommen: das radikal antikatholisch und gegen die nationale polnische Tradition ausgerichtete Kampfblatt „Newsweek Polska“ (Verkaufszahlen Januar 2017: ca. 100.000 Exemplare pro Woche), das Wirtschafts-Monatsmagazin „Forbes“ und das größte, genauso wie „Newsweek Polska“, ideologisch tief gefärbte polnischsprachige Internetportal „Onet.pl“. Des Weiteren hat der Konzern eine Reihe von Computer--Fachzeitschriften im Angebot.

Und dies alles ist nur ein Teil eines noch größeren Ganzen. Die Zahlen sind wahrlich überwältigend. So befindet sich auf Platz eins der deutsche Bauer-Verlag, der 2015 knapp 360 Mio. Exemplare seiner Presserzeugnisse in Polen verkauft hat. Rang zwei: Ringier Axel Springer – mit nicht ganz 173 Mio. Exemplaren. Platz drei: Passauer Neue Presse (Polska Press Grupa): knapp 127 Mio. Rang sieben: Burda-Verlag mit gut 31 Mio. Exemplaren. Fazit: siebzig Prozent aller Medien (Fernsehen nicht eingeschlossen) in Polen befinden sich in deutschem Eigentum, darunter praktisch alle Regionalzeitungen.

„Newsweek Polska“ 47/2016 „Kaczyński hat losgelegt“.

Hinzu kommen zwei der größten Internetportale: „Onet.pl“ (Springer) und „Interia.pl“ (Bauer), sowie der größte private Radiosender „RFM FM“ (Bauer).

Einen ausführlichen Bericht über deutsche Medienkonzerne in Polen lesen Sie bitte hier.

Hart austeilen…

Als der Springer-Verlag nach Polen kam, war gerade (2005 bis 2007) die erste nationalkonservative Regierung von Jarosław Kaczyński an der Macht. Damals hängte sich Springer in Polen das Mäntelchen eines konservativen Verlegers um. Die Tageszeitung „Dziennik“ (im April 2006 gegründet und groβzügig finanziert) sollte die polnische „Die Welt“ werden und der linksradikalen „Gazeta Wyborcza“ die Marktführung streitig machen. Genauso verhielt es sich mit dem Boulevardblatt „Fakt“.

„Newsweek Polska“ 3/2016
„Was geht in Kaczyńskis Kopf vor?“

Zehn Jahre später spielen alle wichtigen polnischsprachigen Springer-Medien in einer Liga mit der „Gazeta Wyborcza“ und der postkommunistischen „Polityka“.

„Die Springer-Medien steuern einen wesentlichen Beitrag zur Verrohung und Verflachung der öffentlichen Debatte in Polen bei. Katholische Kirche, die traditionelle Familie, konservative Werte, die polnische Tradition des Freiheitskampfes und seine Symbole unterliegen einem gnadenlosen publizistischen Dauerbeschuss. Hohn und Spott wechseln sich ab mit Schreckensvisionen des „typisch polnischen“ Nationalismus, Chauvinismus, Antisemitismus, der angeblich allgegenwärtigen Intoleranz. Man könnte meinen: je provokanter und beleidigender, umso besser.

Aus der Perspektive der polnischsprachigen Springer-Medien gleicht Polen einer mittelalterlichen Hölle. Und über all dem schwebt in Schwefelwolken der böseste aller bösen polnischen Geister: Jaroslaw Kaczyński, der dämonenhafte Dauerheld der „Newsweek Polska“-Titelblätter“, so

beschreibt das Wirken der führenden polnischsprachigen Springer-Medien der Medienexperte Pawel Suchanski.

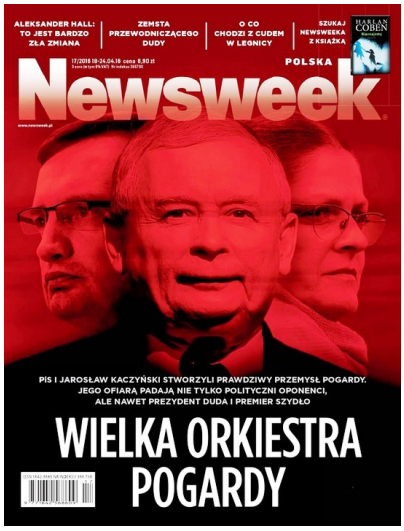
„Newsweek Polska“ 10/2016 „Entschuldige dich bei Lech (Wałęsa – Anm. RdP) und bei den Polen“.

… und nicht einstecken können.

Wer so grob austeilt, sollte auch einstecken können. Stattdessen stimmte der Autor des Rundbriefes ein Lamento an. Er, der Vertreter freier Medien, und sein Unternehmen, seien einer aggressiven und manipulativen Kampagne ausgesetzt.

Woran bei dieser „Kampagne“ erinnert wurde, war für den Konzern in der Tat nicht schmeichelhaft.

Das konservative Nachrichtenmagazin „wSieci“ („imNetzwerk“, vom 02.04.2017) erinnerte daran, dass der „Fakt“-Chefredakteur, Grzegorz Jankowski, auf Betreiben der Tusk-Regierung, im Mai 2014 entlassen worden sei. Springers polnischsprachiges Boulevardblatt, so „wSieci“, habe die Tusk-Regierung zu stark kritisiert, vor allem in Bezug auf die Amber-Gold-Affäre, in die der Tusk-Sohn Michał verwickelt war.



„Newsweek Polska“ 17/2016 „Das große Orchester der Verachtung“.

Einen ausführlichen Bericht über die Amber-Gold-Affäre lesen Sie bitte hier.

Wie es zu der Entlassung des ungehorsamen „Fakt“-Chefredakteurs Grzegorz Jankowski gekommen sein soll, enthüllt das Abhörprotokoll eines Gespräches, das am Gründonnerstag, dem 17.04.2014 stattgefunden hat.

In dieser Zeit haben Kellner zweier nobler Warschauer Restaurants, auf Bestellung eines dubiosen Unternehmers, ein Jahr lang Gespräche führender Politiker der Regierungspartei und ihrer Gäste beim Essen aufgenommen. Das Informationsmagazin „Wprost“ („Direkt“) hat viele der Abhörprotokolle im Juni 2014 veröffentlicht, was zum Wahldesaster der Tusk--Partei 2015 wesentlich beigetragen hat.

„Newsweek Polska“ 22/2016

„Recht und Gerechtigkeit
gegen die Welt“.

„Journalismus an der Leine“

Ort:

Restaurant des Polnischen Unternehmerrates in Palais Sobanski in Warschau.

Gesprächspartner:

Pawel Graś, Staatssekretär im Amt des Ministerrates (entspricht dem deutschen Bundeskanzleramt), Generalsekretär der damals regierenden Bürgerplattform, engster Vertrauter und Berater des damaligen Ministerpräsidenten Donald Tusk. Tusk nahm Graś nach seiner Ernennung zum Chef des Europäischen Rates als seinen Sekretär mit nach Brüssel.

Tusk-Intimus Paweł Graś (rechts oben) und Milliardär Jan Kulczyk.

Jan Kulczyk, der reichste Unternehmer Polens mit besten Verbindungen nach Deutschland, im Juni 2015 verstorben.

Über Jan Kulczyk und seine windigen Geschäfte lesen Sie bitte hier.

Inhalt:

Graś: Mann, es ist doch wichtig, dass die Medien, Mann, irgendwie das, was passiert, zu würdigen wissen.

Kulczyk: Na also mit „Fakt“ gibt es ein Problem, das ist… „Fakt“ gehört Springer? Ja?

Graś: Ja, das ist eine absolut komische Situation, weiβt du.

Kulczyk: Und die Merkel kann da nichts tun?

„Newsweek Polska“ 25/2016
„Wieviel Jahre mit Kaczyński?“

Graś: Wir haben mit denen geredet. Auf die eine und andere Weise. Einerseits sagen sie, also diese Deutschen, dass sie die Sache ausschlieβlich als Sache des Unternehmens betrachten, und dass sie sich nicht einmischen, keinen Einfluss nehmen wollen usw. So eine Zeitung, Mann, die sich ausschlieβlich der Hasssprache bedient, sich unaufhörlichen Attacken auf die (Tusk- Anm. RdP)-Regierung und den Ministerpräsidenten widmet, das ist, Hurenmutter (grobes polnisches Schimpfwort – Anm. RdP) noch mal, ein Wahnsinn.

Kulczyk: Also hör zu, ich werde mich umhören, ich kenne da so einen Typen, der, weiβt du, dort (in Deutschland – Anm. RdP) unserer Gruppe angehört, er ist Senator, er ist Anwalt. Ich habe die… bei ihm habe ich zweimal die (Friede – Anm. RdP) Springer gesehen. Weiβt du?

Graś: Aha, aha.

Kulczyk: Ich werd‘s versuchen.

Zu viel Tusk-Kritik? Von der Leine gerissen? „Fakt“-Chefredakteur Grzegorz Jankowski wurde von einem Tag auf den anderen gegangen.

Zufall oder nicht. Fakt ist, dass sechs Wochen nach diesem Gespräch der „Fakt„-Chefredakteur Grzegorz Jankowski nach elf Jahren abgesetzt wurde. Der Geschasste hüllt sich bis heute in Schweigen.

Um die „Fakt“-Redaktion wieder auf Linie zu bringen, so „wSieci“ weiter, habe der Konzern den Aufpasser Peter Prior nach Warschau geschickt. Ihm sollen, laut „wSieci“, die wichtigsten politischen Manuskripte ins Deutsche übersetzt, und dann zur Kontrolle und Korrektur vorgelegt worden sein.

„wSieci“-Titelstory „Aufpasser aus Deutschland leitete polnische Zeitungen“. Im blauen Hemd Peter Prior.

Zwischen Sommer 2014 und Sommer 2016 soll Prior, jedenfalls laut „wSieci“, nach Möglichkeit Tusk- und Walesa-kritische Beiträge eliminiert haben. Im Gegenzug habe er die Journalisten veranlasst gegen den Präsidentschaftskandidaten von Recht und Gerechtigkeit, Andrzej Duda (im Mai 2015 fanden in Polen Präsidentschaftswahlen statt) und die Kaczyński-Partei (im Oktober 2015 folgten Parlamentswahlen) zu schreiben.

Prior soll im bewegten Herbst 2015 ebenfalls darauf geachtet haben, dass „Fakt“ die deutsche Linie in Sachen Aufnahme von Emigranten vertritt. Der nach Entlassung Jankowskis neu eingesetzte „Fakt“-Chefredakteur, schreibt „wSieci“, habe bei Redaktionskonferenzen alle Anweisungen des aus Deutschland entsandten Kontrolleurs notiert und sie dann peinlichst umgesetzt. Erst als Priors Wirken in der Öffentlichkeit ruchbar wurde, habe man ihn wieder nach Deutschland abgezogen.

„Newsweek Polska“ 29/2016 „Polen in Trümmern“.

Aufgrund dieses Berichts will „Ringier Axel Springer“. das Magazin „wSieci“ verklagen. Genauso soll es dem rechtsnationalen Wochenblatt “Warszawska Gazeta“ für seinen Beitrag vom 06.04.2017 ergehen.

Weitere Schlagzeilen zum selben Thema lauteten: „Journalismus an der Hundeleine“ („Gazeta Polska Codziennie“ – „Polnische Zeitung Täglich“ 18/19.03.2017), „Redakteure unter Aufsicht“ („wSieci“ – „imNetzwerk“, 02.04.2017), „Der Riese hat sich entblößt“ (Wochenmagazin „Niedziela“ – „Der Sonntag“, 09.04.2017) usw, usf. Die Titel der Berichte, die der Rundbrief von Mark Dekan ausgelöst hat, sprechen für sich.

„Newsweek Polska“ 32/2016 „Vize-Jarosław“. Gemeint ist Verteidigungsminister Antoni Macierewicz.

Unterstützung bekam Ringier Axel Springer hingegen von einer kleinen Gruppe verbündeter polnischer Kollegen (der Feind meines Feindes ist mein Freund), überwiegend aus der „Gazeta Wyborcza“, die einen eigenen Verband, die Journalistische Gesellschaft (JG) gegründet haben. Seine Mitglieder distanzierten sich seiner Zeit vom Polnischen Journalisten-verband (SDP), der ihnen zu konservativ war und der auch zum Dekan-Rundbrief kritisch Stellung genommen hat.

Der JG-Brief zu diesem Thema wurde auf der Internet-Seite von „Die Welt“ veröffentlicht ohne einen einzigen Hinweis auf die peinlichen Be-gleitumstände, die ihm vorausgegangen sind. Die deutschen Leser dieses Briefes bleiben diesbezüglich daher völlig ahnungslos. Wir veröf-fentlichen den Wortlaut am Ende dieses Beitrages.

„Schleimer“. Titelseite der „Gazeta Polska Codziennie“ („Pol-nische Zeitung Täglich“) vom 21.03.2017 mit Fotos der führen-den Köpfe der Journalistischen Gesellschaft, die sich bei den Deutschen entschuldigt haben.

Dekonzentrierung tut Not

Noch vor einiger Zeit sprach die Regierungspartei Recht und

Gerechtigkeit von einer notwendigen „Polonisierung“ der Medien. Die fast absolute Vormacht des ausländischen, vor allem deutschen Kapitals, auf dem polnischen Medienmarkt und seine politische Einflussnahme werden in großen Teilen der Gesellschaft auf Dauer als unzumutbar erachtet.

„Newsweek Polska“ 46/2016
„Ist die Welt verrückt geworden?“

Eine Enteignung auf Grund der nationalen Herkunft der Medien-Eigentümer kommt, allein schon aufgrund von EU-Bestimmungen, nicht in Frage. Andererseits wird in Polen darauf hingewiesen, dass sowohl in Deutschland, wie auch in Frankreich strenge Antikonzentrations-Gesetzte auf dem Medienmarkt gelten. Mehr als zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent der Anteile an einer Sparte des Medienmarktes zu besitzen ist nicht zulässig.

Polen, so heißt es, werde nun auch diesen Weg gehen. Mitte 2017 soll ein Gesetzentwurf ins Parlament eingebracht werden, der die geltenden deutschen und französischen Lösungen kopiert. Den heutigen Herrschern des Medienmarkts soll genügend Zeit gegeben werden, damit sie die Möglichkeit haben, ihre über eine gesetzlich vorgegebene Grenze hinausgehenden Marktanteile zu verkaufen.

Ob an polnische Staatskonzerne oder an andere ausländische Interessenten, das sei dahingestellt. Hauptsache, auf dem polnischen Medienmarkt gibt es wieder eine echte Vielfalt.

© RdP

Rundbrief von Mark Dekan

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Mark Dekan.

Barcelona gegen Paris Saint-Germain 6:1! – Das war ein Spiel! Doch nicht dieses Spiel hat den Titel des Wettkampfes der Woche verdient. In dieser Liga spielten zwei Polen, die sich in der europäischen Arena gemessen haben, und ihr Spiel endete mit dem Ergebnis 27 : 1!

Alleiniger Sieger ist nicht Donald Tusk, genauso wie Kaczyński nicht der alleinige Verlierer ist. Gemeinsam mit Tusk haben die Polen gewonnen – alle, die stolz sind auf ihre Zugehörigkeit zur Europäischen Union.

Untersuchungen zeigen, dass fast achtzig Prozent der polnischen Gesellschaft dieser Meinung ist. Verloren in diesem Kampf hat neben Jarosław Kaczyński der gute Ruf Polens als glaubwürdiger EU-Partner.

„Newsweek Polska“ 50/2016 „Recht und Gerechtigkeit werden noch kommen“. Springer-Wunschtraum? Jaroslaw Kaczyński, Staatspräsident Andrzej Duda, Ministerpräsidentin Beata Szydło und weitere führende Regierungspolitiker Polens als Häftlinge.

Was haben wir erfahren:

1. Kaczyński wurde, wahrscheinlich gegen seinen Willen, zum wirksamsten Fürsprecher der Wiederwahl von Donald Tusk.

2. Ideologie und primitive Manipulationen haben gegen Werte und Verstand verloren. Sowohl das von Orban regierte Ungarn, als auch die übrigen Visegrád-Staaten haben sich in der Abstimmung für Tusk ausgesprochen.

3. Die EU hat gelernt, dass es nicht lohnt sich um jeden Preis für Einigkeit einzusetzen. Das ist für die Zukunft eine sehr wertvolle Lehre, die bestimmt die Umsetzung der Idee von einem Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten beschleunigen wird.

Die letzte Aussage hat eine Schlüsselbedeutung für Polen. In absehbarer Zeit wird es auf der EU-Autobahn nicht nur einen schnellen und einen langsamen Fahrstreifen sondern auch eine Parkspur geben.

„Newsweek Polska“ 6/2017 „Komplizen“ Rechts Chef der Bürgerplattform Grzegorz Schetyna.

Das ist der Augenblick, in dem sich freie Medien, wie wir, ins Spiel bringen. Lasst uns niemals die Grundwerte vergessen, die wir vertreten: wir treten ein für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und ein VEREINIGTES EUROPA.

Denken wir daran, dass die Mehrzahl unserer Leser und Nutzer zu der überwältigenden Mehrheit gehört, die Polens EU-Mitgliedschaft unterstützt. Lasst uns ihnen vorsagen, was zu tun ist, um auf der Schnellspur zu bleiben, und nicht auf dem Parkstreifen zu landen.
Der Einsatz in diesem Spiel sind Freiheit und Wohlergehen künftiger Generationen.“

Anmerkung RdP: An dieser Stelle folgt eine etwas chaotische Wiedergabe einer Umfrage vom 09.03.2017, aus der eine insgesamt hohe Zustimmung der polnischen Bevölkerung zur EU-Mitgliedschaft hervorgeht. Bei der polnischen Jugend (18 – 24 Jahre) ist sie geringer – 26 Prozent sind für den EU-Austritt. Dekan schreibt weiter:

„Obwohl die Umfrageergebnisse optimistisch stimmen, werfen sie Fragen auf, die es sich lohnt zu beantworten. Warum ist die kritische Einstellung gegenüber Europa gerade bei der jungen Generation sichtbar? Warum glaubt sie weniger an die Idee des gemeinsamen Europas?

Sicherlich hat teilweise das Bewerfen der EU mit Schmutz dazu beigetra-

gen sowie das in den Medien erzeugte negative Bild einer krisengeschüttelten EU. Das sind Probleme, denen die EU mehr Aufmerksamkeit widmen sollte.“

„Newsweek Polska“ 12/2017 „Scheidung von Europa“.

Anmerkung RdP: Am Ende folgt ein Hinweis auf neueste geschäftliche Erfolge des Verlages in Polen. Das Schreiben schließt mit einem Lob an alle männlichen Mitarbeiter, die, anlässlich des Internationalen Frauentags am 08. März, an ihre Kolleginnen E-Mails und Fotos mit Würdigungen und guten Wünschen für die weibliche Belegschaft gesandt haben und diese Mitteilungen dem Chef zur Kenntnis weitergeleitet hatten.

(Übersetzung aus dem Polnischen RdP)

„Newsweek Polska“ 24/2017. „Die Geheimnisse der Festung Recht und Gerechtigkeit“.

Brief der Journalistischen Gesellschaft

„Liebe Freunde,

Die über Jahre aufgebaute deutsch-polnische Partnerschaft und Freundschaft ist heute in Gefahr durch eine lügnerische, aggressive und antideutsche Propaganda, die von der polnischen Regierung initiiert wird und an die kommunistischen Kampagnen aus den 1960er-Jahren erinnert.

„Liebe deutsche Freunde“. Internet-Memme. Die Journalistische Gesellschaft demonstriert unter deutschen Farben.

Auf den ersten Seiten der regierungsnahen Medien sehen wir beleidigende Fotomontagen, die deutsche Politiker und Vertreter der Europäischen Union in Uniformen der Wehrmacht zeigen.

Die wichtigsten Politiker der polnischen Regierungspartei PiS (Recht und Gerechtigkeit) beschuldigen Deutschland – eigentlich ein Verbündeter und ein Freund Polens –, es würde versuchen, Europa zu dominieren und dem Kontinent seinen „deutschen Willen“ aufzwingen.

Die Pressesprecherin der PiS beklagte in der Hauptausgabe der „Tagesschau“ des polnischen öffentlich-rechtlichen Fernsehens, dass der deutsche Staat sich in die inneren Angelegenheiten Polens einmische. Und sie fragte, ob Polen ein freies Land sei oder eine deutsche Kolonie.

Wochenmagazin „Gazeta Polska“ („Polnische Zeitung“) vom 12.03.2017. „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“, im Hintergrund eine blaue Krakauer Straßenbahn während der deutschen Besatzung.

Darüber hinaus hat sie eine neue Gesetzgebung angekündigt, in deren Folge deutsche Verlagshäuser aus dem polnischen Pressemarkt vertrieben werden sollen. Sie ging sogar so weit, dass sie versuchte, den Vorstand von Ringier Axel Springer mit einem Strafverfahren einzuschüchtern.

Liebe deutsche Freunde, wir wissen, wie peinlich und falsch diese Lügen und Verleumdungen sind. Wir möchten Ihnen versichern, dass wir sie als genauso peinlich empfinden, wir, die wir den Rechtsstaat und die Demokratie in Polen verteidigen.

Obwohl wir für diese schäbige Propagandakampagne, von der wir auch betroffen sind, nicht verantwortlich sind, möchten wir an Sie Worte der Entschuldigung und des Bedauerns richten.

Wir, die Unterzeichner dieses Briefes, sind Journalisten, Publizisten und Redakteure der Medien, die mit der Idee von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit stark verbunden sind. Wir bewundern die deutsche Gesellschaft und den deutschen Staat für die Einhaltung demokratischer und moralischer Standards und für die Solidarität mit Verfolgten.

Wir sind überzeugt, dass die polnische öffentliche Meinung mehrheitlich gegen diese mit bösen Absichten verbreitete antideutsche Propaganda immun wird. Wir hoffen darauf, dass es sich nur um ein peinliches und beschämendes Kapitel in der Geschichte der guten deutsch-polnischen Beziehungen handelt.“

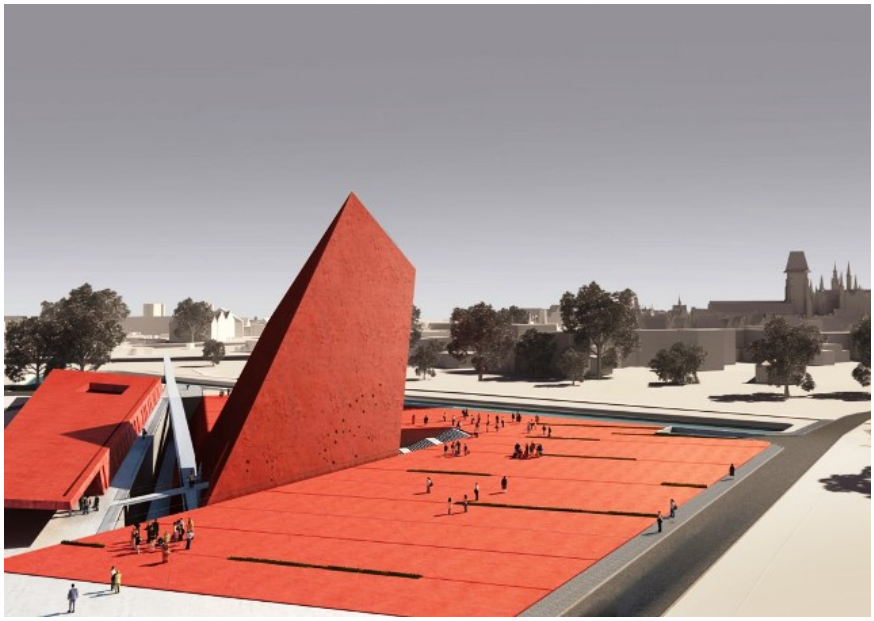
(Wortlaut des auf der Internet-Seite von „Die Welt“ veröffentlichten Briefes – RdP.)

UMBAU IN DER TUSK-PYRAMIDE

Weltkriegsmuseum in Gdańsk. Wo der deutsche Schuh drückt.

Ein markanter, schräg stehender Turm aus Glas und rotem Beton erhebt sich über den bereits fertiggestellten unterirdischen Ausstellungssälen, die 37.000 Exponate beherbergen sollen. Die größten von ihnen – darunter zwei Panzer – wurden schon während der Bauphase mit Krä-

nen ins Gebäude gehievt. Das Museum des Zweiten Weltkrieges in Gdańsk sollte bereits seit 2014 über den Krieg auf eine neue, „europäische“, „universelle“, „ganzheitliche“, „globale“ Weise erzählen: aus der Sicht der Zivilbevölkerung aus aller Welt, unter anderem auch der Polen. Doch die Bauarbeiten befinden sich inzwischen gut zwei Jahre im Verzug. Die Kosten auf dem unbedacht ausgewählten sumpfigen Baugelände explodieren, und das ursprüngliche Ausstellungskonzept wird in Frage gestellt, sehr zum Leidwesen deutscher Medien.



„Tusk-Pyramide“. Museum des Zweiten Weltkrieges in Gdańsk. Entwurf und Baustelle.

Das Vorhaben wurde 2008 durch den damaligen polnischen Ministerpräsi-denten Donald Tusk angeregt und veranlasst. Es sollte „sein“ Museum

werden, „seine“ Antwort auf das Museum des Warschauer Aufstandes von 1944, dessen Urheber 2004 der damalige Oberbürgermeister von Warschau und spätere Staatspräsident Polens (2005-2010) Lech Kaczyński war.

„Kaczyński-Museum“ des Warschauer Aufstandes von 1944 in Warschau.

Tusk, 2005 fest davon überzeugt, den Wahlsieg in der Tasche zu haben, konnte Lech Kaczyński die Niederlage, die er damals bei den Präsidentschaftswahlen davontrug nie verzeihen, empfand sie als tief demütigend. Alle die Tusk damals näher kannten, berichten einmütig: der Mann war ab dann geradezu besessen von dem Gedanken politische Rache zu nehmen. Lech Kaczyński kam bei der Flugzeugkatastrophe von Smolensk im April 2010 ums Leben.

„Polentum das ist Abnormität“

Das Warschauer Museum des Aufstandes wird bis heute von Besuchern umlagert, ist zu einer wichtigen nationalen Institution geworden. Es stellt nicht nur aus, es prägt durch seine vielfältigen Aktivitäten in erheblichem Maß das Geschichtsbewusstsein, beflügelt die Fantasie der jungen Generation. Kaum eine Klassenfahrt nach Warschau ohne einen Besuch in diesem Museum, und das ohne jeglichen Zwang.

Ministerpräsident Donald Tusk legt am 1. September 2012 den Grundstein für „sein“ Museum.

Im Wettlauf mit seinen politischen Erzfeinden, Lech Kaczyński und seinem Bruder Jarosław, wollte Donald Tusk gleichsam auf musealem Gebiet in nichts zurückstehen, auch wenn er an einem ganz anderen Ausgangspunkt ansetzte.

Lech Kaczyński (damals Oberbürgermeister von Warschau) dekoriert am 1. August 2004 Vetereanen des Warschauer Aufstandes bei der Eröffnung „seines“ Museums.

Tusk war und ist jeglicher polnischer Patriotismus tiefst zuwider. Man sah es ihm förmlich an, wieviel Überwindung es ihn als Regierungschef kostete, an offiziellen Feierlichkeiten mit Nationalhymne, Fahnenhissen und Kranzniederlegungen teilnehmen zu müssen. Sein Credo hat der studierte Historiker bereits 1987 in seinem Essay „Der gebrochene Pole“ in der Zeitschrift „Znak“ dargelegt:

„Leere, nur irgendwo in der Ferne wälzen sich Husaren und Ulanen, Aufständische und Marschälle vorbei, zeichnen sich die Steppenlandschaften der Ukraine und der Helle Berg von Tschenstochau ab, historische Aufträge, polnische Aufstände, die nach Monaten in denen sie ausgebrochen sind benannt wurden (…). Was bleibt vom Polentum übrig wenn man ihm dieses ganze hehre, düstere, lächerliche Theater unerfüllter und unbegründeter Träumereien wegnimmt? Das Polentum verdummt uns, macht uns blind, führt uns ins Reich der Mythen. (…). Es ist selbst ein Mythos. Ja, das Polentum assoziiert man mit Niederlage, mit Pech, mit Gewitterstürmen. Es kann ja auch nicht anders sein. Polentum das ist Abnormität.“

„Europäertum als Normalität“

Tusk hat sich von diesen Worten nie distanziert. Gegen „Polentum als Abnormität“ hilft bekanntlich nur Europa. Stets auf der Flucht vor der Bürde des Nationalen, traf und trifft Tusk auf viele Deutsche, die sich auch auf der Flucht vor ihrer Geschichte befinden. Er ist ihr Lieblingspole. Frau Merkel war schon bei der ersten Begegnung hingerissen.

Gegen „Polentum als Abnormität“ (Tusk) hilft nur die Flucht nach Europa.

Europa als Lösung aller Probleme? Die Polen haben daran eine Zeitlang geglaubt. Tusk war ihr Mann. Die Ernüchterung, die mit der Euro- und Emigrantenkrise kam, hat das geändert. Tusk ist sich treu geblieben und wurde von Frau Merkel mit einem EU-Spitzenjob bedacht.

„Klein Verdun“. Deutsche Truppen dringen vor auf die Westerplatte unmittelbar nach der Kapitulation der polnischen Verteidiger am 7. September 1939.

Keine Erinnerung an den tapferen Widerstand

Ursprünglich war in Gdańsk ein Museum der Verteidigung der Westerplatte 1939 geplant, gewidmet der polnischen Thermopylen-Schlacht. Sie gilt bis heute als Inbegriff des nationalen Selbstbehauptungswillens, umschrieben in den schwermütigen Strophen des Dichters Konstanty Ildefons Gałczyński:

„Als die Zeit gekommen war,
und sommers man zu sterben hatte,
schritten himmelwärts Paar um Paar
die Soldaten der Westerplatte.
Und wie schön war der Sommer in jenem Jahr.“

Verteidigung der Westerplatte. Briefmarken der Polnischen Post von 1945…

Das Museum der Westerplatte sollte, kaum jemand erinnert sich heute noch daran, die Antwort auf Erika Steinbachs Berliner Vertriebenenzentrum sein, und die Bundesrepublik wollte sich sogar an den Baukosten beteiligen.

… und 1989.

Donald Tusk, der strahlende Wahlsieger vom Herbst 2008, hat das ganz in seinem Sinne geändert. Als erstes wurde der geplante Bau des 2006 ins Leben gerufenen Museums der Polnischen Geschichte in Warschau auf Eis gelegt. Als zweites wich die Erinnerung an den tapferen polnischen Widerstand in Form des Museums der Westerplatte, nun einer „europäischen Sichtweise“ des Zweiten Weltkrieges. Untergebracht in einem kolossalen, modernen Bau, der Danziger „Tusk-Pyramide“, wie manche spotteten, die das Warschauer „Kaczynski-Museum“ überragen sollte. - Tusks „Europäertum als Normalität“ versus „Polentum als Abnormität“.

Denkmal auf der Westerplatte. Ein in den Boden gerammtes Seitengewehr signalisiert Friedens- und zugleich Verteidigungsbereitschaft. Briefmarke der Polnischen Post von 1964.

Nach der Niederlage der Tusk-Partei Bürgerplattform bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen von 2015, stellt die neue Regierung dieses Konzept nun in Frage (siehe nachstehend das Interviev mit Kulturminister Prof. Piotr Gliński). Ein Sturm der Entrüstung seitens der Befürworter des Europäertums ist die Antwort.

Der Publizist Piotr Semka, einer der drei Gutachter, den die neue Regierung um Einschätzung des bisherigen Ausstellungskonzeptes bat, beschreibt sehr präzise die Bedenken im Wochenmagazin „Do Rzeczy“ („Zur Sache“) vom 25. Juli 2016:

„Die Polen haben 1939-1945 an einem gerechten Krieg teilgenommen. Mutig widersetzten sie sich der deutschen und der sowjetischen Aggression. Sie haben allen Grund stolz darauf zu sein.

Derweil kann man sich nur schwerlich dem Eindruck entziehen, dass die historische Herangehensweise, die im geplanten Museum des Zweiten Weltkrieges bevorzugt wird, teilweise bundesdeutsche Vorbilder nachahmt. Es liegt auf der Hand, dass die Deutschen im Falle des Zweiten Weltkrieges ihre Militärgeschichte nicht hervorheben können. Das wiederum verleitet zu der Feststellung: lasst uns die Militärgeschichte beiseitelegen, das ist nichts Gutes, und uns der Zivilbevölkerung widmen, also auch den Bomben- bzw. »Vertreibungsopfern«

Diese Methode“, so Semka weiter, „war gut erkennbar bei der öffentlichen Vorabpräsentation des Museumskonzeptes im Rahmen einer Ausstellung auf dem Langen Markt in Gdańsk 2009. Dort bündelte man die Fotos des zerstörten Warschau mit denen bombardierter deutscher Städte kurzerhand zu einer Antikriegsbotschaft. Im Ausstellungskatalog des Museums, im Abschnitt „Leben unter Bomben“, finden sich auf einem Foto Menschen, die in London in der U-Bahn Schutz vor Bomben suchen, und auf dem Bild nebenan sieht man einen deutschen Wegweiser zum Luftschutzbunker. Bei vielen Polen stößt eine solche Gleichsetzung auf Widerspruch.“

Publizist Piotr Semka.

Semka weist auch auf ein weiteres Problem hin. „Die Botschaft, die das Museum vermitteln soll, lautet: »Lasst uns die Geschichte Europas erzählen und mit einem positiven Schlusseffekt versehen in Gestalt der Europäischen Union als einer Garantin des dauerhaften Friedens in Europa.«

Eine solche Ausstellung“, so Semka, „hätte durchaus Sinn in dem geplanten Haus der Europäischen Geschichte in Brüssel. (…) Macht es aber einen Sinn enorme Summen polnischer Steuergelder in ein solches universelles Vorhaben zu stecken, während die Welt keine Ahnung hat von den komplizierten Vorgängen in Polen während des letzten Krieges?“

Deutsche Medien: in Polen an vorderster Front

Wie in vielen anderen innerpolnischen Angelegenheiten, so stehen auch im Feldzug um das ursprüngliche Museums-Konzept deutsche Medien und ihre Interviewpartner geschlossen an vorderster Front.

Historiker Bogdan Musiał.

„Es ist geradezu frappierend zu beobachten, wie gro in Deutschland das mediale Interesse an der Auseinandersetzung um das Museum des Zweiten Weltkrieges in Gdańsk ist und überhaupt an den historischen Debatten in Polen. Deutsche Medien kümmern sich ansonsten herzlich wenig um die französische oder britische Geschichtspolitik, geschweige denn um die österreichische, belgische oder dänische“, schreibt der Historiker Bogdan Musial im Wochenmagazin „wSieci“ („imNetzwerk“) vom 25. Juli 2016.

Im Falle Polens jedoch, gehen die deutschen Medien von sich aus und mit den Stimmen der polnischen Kritiker auf ihrer Seite, hart ins Gericht mit den Bedenken und Änderungswünschen der im Herbst 2015 neu gewählten Entscheidungsträger. Sie treten stets wohlwissend darüber auf, wie die Polen, „als Täter“, den Zweiten Weltkrieg in ihrem Museum darzustellen haben. Beispiele sind Legion.

„Museumsstreit. Polnische Regierung schürt antideutsche Stimmung“ (Deutschlandfunk, 17. Juni 2016)

„Polen als Kollaborateure, als Täter, polnische Gewalttaten an anderen Nationen – all dies wollen die Nationalisten nicht thematisieren“.

„Danzig. Polen will Kriegsgeschichte umschreiben” (Rheinische Post, 13. Mai 2016)

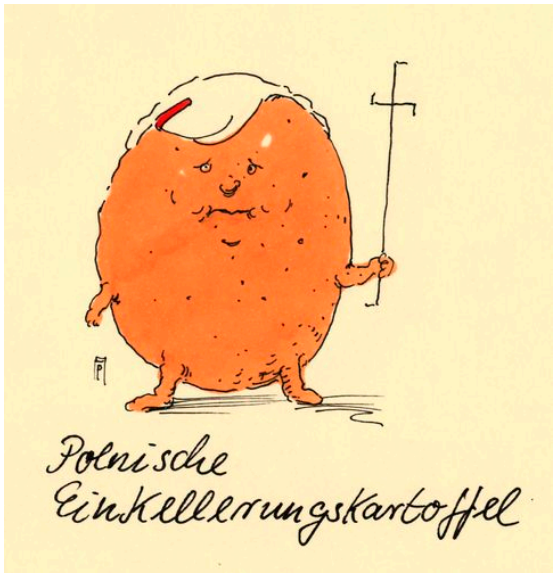
„In dieses Konzept, das einer Geschichtswaschmaschine ähnelt, in der alle möglichen Flecken auf der eigenen historischen Weste möglichst entfernt werden. (…) Im Zentrum der Debatte steht dabei die Frage der „nationalen Unschuld Polens im Weltkrieg“ (…) Blutgetränkte Hemden werden (…) in Polen derzeit gewaschen. Die Regierung greift zum Fleckenentferner “.

Polenbild vor Augen.

„Abschied von Europa“ (Süddeutsche Zeitung“, 18.Mai 2016)

„Das erinnert an Museen in Russland und Weißrussland, die der nationalen Ertüchtigung dienen sollen, indem sie Mythen in Szene setzen.“

Deutsche Nachrichten und Berichte aus „Hitler-Polen“.



„Strahlendes Heldentum statt europäischen Kontextes“ (FAZ, 23. Mai 2016)

„Einer in europäischen Bezügen verhafteten Schilderung des Zweiten Weltkriegs aus polnischer Perspektive, zieht man in nationaler Selbstgenügsamkeit eine Interpretation vor, die sich auf Heldentum beschränkt, dafür aber auch ohne „dunkle Flecke“ auskommt.“

„Abschied vom Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig?“ (WDR 5, Scala, 20. Mai 2016)

„Der polnische Kulturminister hat verlautbaren lassen, er wolle kein Museum des Zweiten Weltkrieges sondern lieber ein Museum der Verteidigung Polens vor den Deutschen 1939 haben. Mein Kollege Martin Sander ist aus Berlin zugeschaltet. Herr Sander, wie ernst ist denn diese Ver-

lautbarung zu nehmen?“

„Ja, doch schon sehr ernst, Frau Dichter.“

Drückt also hier der deutsche Schuh? „Kollaborateure“, „Täter“, „polnische Gewalttaten“ „blutgetränkte Hemden“, „dunkle Flecke“ und die Lage ist „schon sehr ernst, Frau Dichter“, denn die Polen wollen tatsächlich so etwas Unglaubliches tun, wie ihrer Verteidigung vor den Deutschen 1939 gedenken… Dementsprechend sieht auch der deutsche Wunschentwurf von einem polnischen, „europäischen“ Museum des Zweiten Weltkrieges aus.

Komplizen dringend gesucht

Für Hunderttausende von Polen, die Juden halfen, die im Widerstand waren oder die „nur“ die gnadenlosen deutschen Bestimmungen umgingen („Schwarzhandel“), um nicht zu verhungern, waren Kollaboration, Denunziantentum bedauerliche, traurige und zugleich lebensgefährliche Erscheinungen. Doch unter den schrecklichen Bedingungen der deutschen Besatzung Polens blieb sie eine Nebenerscheinung.

Als solche wird sie in Polen thematisiert, dargestellt, erforscht. Wer es nicht glaubt, solte sich zumindest einmal polnische Spielfilme ansehen, die die Besatzungszeit und Widerstand zum Thema haben. Seit dem ersten Film, dem 1946 gedrehten „Zakazane piosenki“ („Verbotene Lieder“), gibt es kaum einen, in dem nicht irgendwo die Gestalt des Denunzianten auftaucht, vor dem man sich in Acht nehmen muss, den es zu beseitigen gilt.

Nicht erst seit heute versuchen nicht gerade wenige deutsche Medienleute, Wissenschaftler, manchmal auch Politiker die Polen zu überreden, mitunter geradezu auch zu zwingen, aus der Nebenerscheinung Kollaboration den Dreh- und Angelpunkt der Darstellung der Besatzungszeit in Polen zu machen. Die fieberhafte Suche nach Komplizen, der Versuch auf diese Weise der schrecklichen deutschen Einsamkeit zu entkommen, in Anbetracht der Ungeheuerlichkeiten die die Vorfahren angerichtet haben, ist nachvollziehbar, doch akzeptieren kann man ihn nicht.

Zwar hat das von der neuen polnischen Regierung beanstandete Museumskonzept der Ausstellung in Gdańsk mit den o. e. Wunschvorstellungen

deutscher Redakteure nicht viel zu tun, doch bezeichnend ist, was sie vor allem in diese Ausstellung hineininterpretieren.

Der Eindruck mag täuschen, doch er drängt sich auf. Oft haben sich dieselben Autoren vehement gegen die Relativierung der Geschichte ausgesprochen, als etwa Erika Steinbach ihr Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin nach dem Motto einrichten wollte; „Wir Deutsche haben vertrieben, dann haben die Polen vertrieben. So ist es eben mit den Vertreibungen.“

Schwebt vielleicht nun denselben Leuten ein „europäisches“ Museum des Zweiten Weltkrieges vor nach dem Motto: „Wir Deutsche haben Juden umgebracht, die Polen haben Juden umgebracht. So ist es eben mit dem Judenumbringen, einem im Grunde »europäischen Projekt«“?

Jedenfalls können deutsche Rechte anscheinend ebenso wenig wie deutsche Linke ohne „die Polen als Täter“ auskommen.

Und so entpuppt sich „die »europäische Perspektive« als eine, in den blauen Sternebanner eingewickelte, deutsche Keule“, so einer der Internetkommentare zum Thema. „Die Deutschen rücken gerne zusammen, wenn es darum geht anderen auf ihrer Anklagebank Platz zu machen“, so ein anderer.

Was will die neue Regierung vom MZW?

Nachfolgend dokumentieren wir ein Gespräch zum dem Thema mit dem polnischen Kulturminister Prof. Piotr Gliński (Jg. 1954). Er ist von Ausbildung und Beruf Soziologe, Hochschullehrer und war zwischen 2005 und 2011 Präsident der renommierten Vereinigung Polnischer Soziologen (PTS).

Kulturminister Piotr Gliński.

Wann wird das Museum des Zweiten Weltkrieges (weiter MZW – Anm. RdP) in Gdańsk eröffnet?

Ich hoffe zu dem Zeitpunkt, zu dem es die Leitung der Einrichtung angekündigt hat, also zur Jahreswende 2016/ 2017. Ich möchte auch gleich die Öffentlichkeit beruhigen: niemand möchte dieses Museum abschaffen.

Wird die Entlassung des Museumsdirektors, Prof. Machcewicz die Eröffnung nicht verzögern?

Es sind noch keine Entscheidungen gefallen. Zurzeit beabsichtigen wir zwei Einrichtungen zusammenzuführen: das MZW mit dem Museum der Westerplatte und des Verteidigungskrieges von 1939. Es gibt keinen Grund, weshalb zwei so themenverwandte Museen getrennt voneinander in einer Stadt wirken sollten. Es lohnt sich sie zu vereinigen, umso mehr als die Einrichtung, der Prof. Machcewicz vorsteht ursprünglich Museum der Westerplatte hieβ. Erst drei Monate nach seiner Gründung wurde es in MZW umbenannt.

Durch die Zusammenlegung von zwei Einrichtungen wird eine neue entstehen, die dann einen neuen Direktor bekommt, und Prof. Machcewicz wird abberufen. Was missfällt Ihnen so an der Ausstellung, die seine Mitar-

beiter vorbereitet haben?

Ich will hier nicht als Rezensent der Ausstellung auftreten. Um das uns im Januar 2016 vorgelegte Konzept zu beurteilen, habe ich drei Sachverständige berufen. Alle drei Gutachten waren verhalten kritisch. Ich möchte aber das Problem nicht allein auf die Position und Person des Direktors beschränken. Ich sage noch einmal: obwohl wir im europäischen Vergleich zu wenige Museen haben, können wir es uns nicht leisten in einer Stadt zwei getrennte und zugleich dermaßen themenverwandte Einrichtungen zu unterhalten.

Die Gutachten fielen negativ aus, doch Prof. Machcewicz wird seinen Posten allein aus wirtschaftlichen Gründen verlieren?

Die Gutachten berühren ein viel weiträumiger abgestecktes Feld. Wir sehen die Notwendigkeit Donald Tusks Geschichtspolitik zu korrigieren. In der Debatte um das MZW wird dieser Name kaum erwähnt. Doch Donald Tusk ist Urheber dieses Museums. Der jetzige MZW-Direktor Paweł Machcewicz war sechs Jahre lang offizieller Bevollmächtigter des Ministerpräsidenten für dieses Museum und setzte die Geschichtspolitik der vorherigen Regierungsmannschaft um. Doch Regierungen wechseln und mit ihnen wechseln manchmal die Konzepte, das sollte Prof. Machcewicz eigentlich wissen.

Tusk-Adlatus und MZW-Direktor Paweł Machcewicz (links)

Was gefällt Ihnen nicht an der Geschichtspolitik der vorherigen

Regierung?

Das MZW wurde 2008 ins Leben gerufen, mitten in der weltweiten Wirtschaftskrise, als für nichts Geld im Staatshaushalt vorhanden war. Tusk und seine Leute kamen immer wieder mit der Ausrede, wegen der Krise können sie ihre Wahlversprechen nicht einlösen, und plötzlich, gründen sie, in dieser Krise, das MZW? Drei Jahre später, die Krise dauerte an, bewilligten sie 360 Mio. Zloty (ca. 85 Mio. Euro – Anm. RdP) für den Bau, und schoben im letzten Jahr weitere 90 Mio. Zloty (ca. 21 Mio. Euro – Anm. RdP) nach. Zusammen mit den laufenden Kosten ergibt das eine halbe Milliarde Zloty (ca. 118 Mio. Euro – Anm. RdP)!

Sind Sie nicht der Meinung, dass das MZW ein dringendes Vorhaben ist, höchst notwendig aus Sicht der polnischen Staatsräson?

Damals sollte eigentlich, vor allem, das Museums der Polnischen Geschichte in Warschau gebaut werden, das zudem zwei Jahre früher als das MWZ ins Leben gerufen worden war. Wieso hat die vorige Regierung an einem ganz neuen Museum gebaut, während das der Polnischen Geschichte keinen Sitz hatte und bis heute obdachlos ist? Es wurde ein neues Vorhaben in Gdańsk in Angriff genommen, während es in Warschau, so könnte man durchaus meinen, ein vorrangiges Projekt gab. Es wurde ein Museum blockiert, das eine Sichtweise der Geschichte Polens vermitteln sollte, die zur Integration unserer politischen und nationalen Gemeinschaft beitragen könnte.

Welche Korrekturen sind im MZW zu erwarten?

Es geht um die Schwerpunksetzung. Wenn wir uns schon mit dem Zweiten Weltkrieg beschäftigen, dann sollte das, symbolisch umschrieben, eher die Sichtweise sein, die von der Westerplatte ausgeht. Eine Sichtweise in der die polnische Anstrengung, die polnische Leistung und die polnischen Opfer zur Geltung kommen, und nicht eine Sichtweise, die als universell, ganzheitlich bezeichnet wird.

Bitte verstehen Sie mich nicht falsch. Solche ganzheitlichen Museen sind ebenfalls notwendig. Mehr noch, ich finde den Entwurf des Teams von Prof. Machcewicz interessant.

Doch ich bin zugleich der Meinung, dass wir eine halbe Milliarde Zloty polnischer Steuergelder in erster Linie für andere, eindeutig

wichtigere Ziele verwenden sollten. In diesem Fall für ein gutes und notwendiges Museum, das unsere Geschichte erzählt.

Warum war gerade der Zweite Weltkrieg für die Vorgängerregierung die wichtigste Herausforderung der Geschichtspolitik?

Ich habe diese Frage oft genug öffentlich gestellt. Sie war und ist an Donald Tusk gerichtet. Ich habe bisher keine Antwort bekommen. Es gab Andeutungen, dass es eine Antwort auf das Zentrum gegen Vertreibungen von Erika Steinbach sei. Doch, ich darf erinnern, es sollte ursprünglich ein Westerplatte-Museum sein. Es fällt mir zudem schwer zu glauben, dass die Erwiderung auf Frau Steinbachs Einrichtung eine verallgemeinernde, ganzheitliche Schilderung des Zweiten Weltkrieges sein kann, die zudem eine halbe Milliarde Zloty kostet.

Prof. Machcewicz fasst Ihre Vorwürfe so zusammen: das MZW setze die deutsche, nicht die polnische Geschichtspolitik um.

Ich habe einen solchen Vorwurf nie erhoben. Ich umschreibe sein Konzept als universell, verallgemeinernd. Wenn man den Zweiten Weltkrieg so darstellt, dass er furchtbar gewesen sei, dass alle für ihn die Verantwortung tragen, weil jede Seite irgendwo Dreck am Stecken habe, dann ist auch eine solche Beleuchtung beachtenswert. Doch zweifelsohne kann sie eine Relativierung der Verbrechen und eine Verharmlosung der Opfer nach sich ziehen, was den einen mehr, den anderen weniger zupass kommt.

Mir ist es lieber zu zeigen, dass man sogar unter den schrecklichsten Bedingungen sehr tapfere Entscheidungen treffen kann. Diese Entscheidungen darf und sollte man beurteilen. Dank einer solchen Herangehensweise bilden sich das Wertesystem und die Identität der nationalen Gemeinschaft heraus. Eine Gemeinschaft, die so etwas durchdacht und bewertet hat ist reifer, funktioniert besser und ist besser integriert, als eine Gemeinschaft die an all dem leidenschaftslos vorbeigeht. Deswegen sind einige Museen, Denkmäler, Kunstwerke notwendig, um unsere ganz und gar außergewöhnlichen und spezifischen Erfahrungen in diesem Krieg zu verdeutlichen.

Es geht darum, dass in einer „universellen“, „europäischen“, „globalen“ Betrachtung diese unsere polnische Spezifik nicht untergehen darf. Es ist die Pflicht des polnischen Staates diese Besonderheit

der polnischen Erfahrung der Außenwelt zu vermitteln.

Wohin wollen Sie also die Schwerpunkte in der Geschichtspolitik verschieben?

Wir müssen eine Wahl treffen hinsichtlich der Werte. Es gibt Staaten, für die die Geschichte wichtig ist, weil sie sie noch nicht verarbeitet haben, weil sich ihre Identität immer noch formt. Es gibt aber auch solche die man als posthistorisch bezeichnen kann. Und es gibt Staaten die sich lieber posthistorisch geben, weil die Geschichte für sie eine zu schwere Bürde ist.

War die Geschichtspolitik der Vorgängerregierung posthistorisch?

In großem Maße, ja. Deswegen unterscheiden wir uns so sehr von unseren Vorgängern. Wir sind der Meinung, dass wir uns den Posthistorismus nicht leisten können. Für uns ist die universelle Sichtweise auf die Geschichte weniger wichtig. Wir wollen nicht, dass man die Geschichte verallgemeinert, relativiert und im Endeffekt banalisiert.

Die Geschichte ist Lehrmeisterin des Lebens. Sie zeigt die Entscheidungen auf, die getroffen wurden und ihre Folgen. Wir wollen darlegen, dass man das Gute vom Bösen klar unterscheiden kann, und nicht, dass es in der Geschichte nur unterschiedliche Grautöne gibt.

Für mein politisches Milieu hat die Unterscheidung zwischen Gut und Böse eine Schlüsselbedeutung. Das ist nicht immer einfach. Es gibt eine Ethik der Überzeugungen und eine Ethik der Verantwortung. Wir stellen den Heroismus der Polen, die für höhere Ideen gekämpft haben nicht auf eine Ebene mit den Fähigkeiten, derer es bedurfte um den Krieg lediglich zu überleben.

Prof. Machcewicz verteidigt sich, in dem er sagt, dass man unsere Außergewöhnlichkeit nur zeigen kann, wenn man sie dem gegenüberstellt, wie Krieg und Widerstand in anderen Ländern ausgesehen haben.

In einem polnischen Museum des Zweiten Weltkrieges sollten wir unsere Spezifik zeigen, so wie die Briten, Israelis oder Belgier das in ihren Museen tun. Gewiss, diese Besonderheit sollte man vor dem Hintergrund der Erfahrungen anderer Völker veranschaulichen, dabei jedoch an die Proportionen denken. Daran z. B., dass der Warschauer Aufstand, der 63

Tage lang dauerte seinesgleichen sucht. Die Aufstände in Paris und Prag waren dagegen nur kurze Kriegsepisoden.

Der ausländische Besucher wird alle diese Aufstände vor Augen haben: die Zahl der Opfer, wieviel Tage sie gedauert haben, die deutschen Verbrechen in ihrem Verlauf usw. Er kann daraus seine Schlüsse ziehen.

Die Welt kennt unsere Geschichte und ihre Besonderheiten nicht. Sie weiß nicht, dass nur im besetzten Polen auf die Hilfe für, und das Verstecken von Juden die Todesstrafe stand, und zwar für die ganze Familie, Kinder wurden dabei nicht ausgenommen. Sie weiß nichts über die Wohlynien-Massaker, über Piaśnica/Piaschnitz, die Westerplatte u. v. m. Das wollen wir erklären und zeigen.

Ja, es sollte einen Vergleich geben, doch die polnische Erfahrung muss in einem polnischen Museum vor diesem Hintergrund hervorgehoben werden. Wenn sie mit diesem Hintergrund verschmilzt, dann geht etwas sehr wichtiges verloren in Bezug auf unsere Identität und ebenso wird die Chance vertan, anderen etwas über uns zu vermitteln.

In wieweit sollen Museen, mit deren Hilfe wir die polnische Geschichtspolitik verwirklichen wollen, uns, die Polen, ansprechen, und in wieweit sollen sie in ihrer Darstellungsweise in die europäische- und Weltgeschichte eintauchen, damit unsere Sichtweise der Dinge auch im Westen zur Geltung kommt.

Das ist, aus meiner Sicht, eine falsche Alternative. Die Ausstellungen müssen sich in gleicher Weise an Polen und an alle anderen Besucher wenden. Soweit ich es verstanden habe, fragen Sie danach, weil behauptet wird, dass eine universalistische Ausstellung für Ausländer, für z. B. Deutsche, die oft nach Gdańsk kommen, verständlicher sein wird.

Wir müssen unseren Standpunkt vertreten und uns nicht in den Posthistorismus einreihen, nur weil er in den westlichen Ländern vorherrscht. Wir dürfen aus diesem Grund nicht kapitulieren und z. B. nicht an die Konferenz von Jalta erinnern, die im Westen kaum jemand erwähnt und wo folglich kaum jemand um sie weiß. Ohne die eigene Geschichte zu überdenken, können wir unsere Zukunft nicht bauen.

Ich unterstreiche noch einmal: ich möchte die jetzige Ausstellung wed-

er abbauen noch vernichten. Das Team von Prof. Machcewicz hatte viele gute Ideen. Doch ich erinnere mich auch daran, dass das erste, 2008 vorgestellte Konzept zugleich äußerst ideologisch und vom polnischen Standpunkt aus gesehen sehr farblos war. Ich vertraue darauf, dass aufgrund von Nachbesserungen die Ausstellung uns hilft unsere Geschichte besser darzustellen.

Sollen wir das ganze Martyrium zeigen, wie schrecklich unsere Geschichte gewesen ist, wie wir vom bösen Westen betrogen wurden?

Ich rede nicht vom Martyrium, von der Leidensgeschichte des polnischen Volkes! Uns wird eingeredet, wir wollen nur das Leiden zeigen, Polen als Christus der Nationen, den Heldenmut usw., während wir von schwierigen Entscheidungen reden wollen, vor denen die Polen gestanden haben, vom Unterscheiden zwischen Gut und Böse, von der polnischen Spezifik. Das alles kann man in entsprechenden Proportionen verständlich machen. Wir nehmen eine Korrektur vor. Ohne das MZW aufzugeben vereinigen wir es mit dem Westerplatte-Museum, wollen die Ausstellung weiterentwickeln und verbessern. (…)

Bisher sieht es so aus, dass jede Regierungsmannschaft ihre eigene Geschichtspolitik fährt, Lehrbücher und Museen verändert. Vielleicht sollten wir gemeinsam die Prioritäten setzten?

Sie haben Recht, aber ihre Frage sollten Sie an die Vorgängerregierung und unsere politischen Konkurrenten richten. Warum gibt es bis heute in Warschau kein Museum der Polnischen Geschichte, kein Denkmal für Rittmeister Pilecki, keins für die Opfer der Smolensk-Katastrophe?

Was wollen Sie und ihre politische Umgebung tun, um gemeinsame Standards in der Geschichtspolitik zu erarbeiten?

Wir laden andere ein, sich unseren Standards anzuschließen. Allein anhand der Änderungen im Ausstellungskonzept des MZW sehe ich, dass diejenigen, die sich der Geschichtspolitik der Vorgängerregierung verschrieben haben, ihre Haltung ändern. Prof. Machcewicz sagt heute, dass man zu dem Ausstellungskonzept von 2008 nicht mehr zurückkehren sollte. Gut, dass er es verwirft. Die polnische Staatsräson erfordert, dass polnische Anliegen und Interessen deutlich und entschieden dargelegt werden, auch die polnische Vergangenheit.

Das alles soll jedoch geschehen, ohne den negativen Seiten der Geschichte auszuweichen. Nicht alle Polen haben sich immer vorbildlich verhalten und auch unsere Gemeinschaft war nicht immer nur heilig. Niemand kann und will das abstreiten. Dies jedoch zum Ausgangs- und Mittelpunkt der Betrachtung der polnischen Geschichte im Zweiten Weltkrieg zu machen, wie es nicht erst seit heute z. B. in Deutschland immer wieder angemahnt wird, ist eine grobe Ungehörigkeit.

Das Gespräch, das wir, mit freundlicher Genehmigung, leicht gekürzt wiedergeben, erschien in der Tageszeitung „Rzeczpospolita“ („Die Republik“) vom 6. August 2016.

RdP

DEUTSCHE FEDERN SCHREIBEN FÜR DEN ENDSIEG…

… der Demokratie in Polen.

Die Polen haben gewählt, jetzt wird seit dem 25. Oktober 2015 zurückgeschossen. Inzwischen befindet sich das Land deutscherseits unter schwerstem publizistischen Trommelfeuer. Wenn deutsche Federn für den Endsieg der Demokratie in Polen schreiben, wird der freien Entscheidung der polnischen Wähler von der ersten Minute an kein Pardon gewährt. Wie weit wird die deutsche Generaloffensive gehen? Der mediale Polen-Feldzug wirft einige Fragen auf.

Sie zu beantworten bat das Internetportal „wPolityce.pl“ („inderPolitik.pl“) Prof. Zdzisław Krasnodębski. Der renommierte Soziologe und Sozialphilosoph lehrt in Polen und in Deutschland, gehört zu den intellektuellen Vordenkern der Partei Recht und Gerechtigkeit, und vertritt diese seit 2014 als Abgeordneter im Europaparlament. RdP dokumentiert das Gespräch in wesentlichen Auszügen.

Prof. Zdzisław Krasnodębski

Woher kommt diese hohe Woge der Ablehnung, Frustration und Panik beim Beschreiben der Lage in Polen durch die deutschen Medien?

DER ERSTE GRUND ist Ignoranz. Viele deutsche Journalisten glaubten an das von ihnen selbst mitgestaltete Propagandabild von Polen als einem dynamischen Land der Erfolge, ohne größere Probleme, von der Bürgerplattform als einer hervorragenden Partei und von Donald Tusk als dem Vater der polnischen Nation. Es ist nicht das erste Mal, dass jemand der eigenen Propaganda zum Opfer fällt. Eigentlich darf man sich nicht wundern, dass Enttäuschung in Aggression umschlägt bei denen, die eine redliche Analyse der Situation in Polen niemals gewagt haben.

Oder bei denen, denen die „Gazeta Wyborcza“ als einzige Quelle für ihre Berichte diente.

Da gibt es noch den Fernsehsender TVN, die (vom Springer-Verlag herausgegebene – Anm. RdP) „Newsweek Polska“ und einige mehr. Die deutschen Berichterstatter jedenfalls, haben nie die wahren Methoden unter die Lupe genommen, mit denen die Bürgerplattform das Land regiert hat, die wahre Stimmung im Land, seine wahren Probleme. Deswegen ist der Durchschnittsdeutsche, der sein Wissen über Polen notgedrungen aus deutschen Medien schöpft, heute verwundert, ja geradezu schockiert, angesichts der Ergebnisse der Parlamentswahlen und der Maßnahmen, die

die Wahlsieger ergreifen.

DER ZWEITE GRUND sind Vorurteile gegen Menschen und Parteien, die sich auf der rechten Seite des politischen Spektrums befinden. Im heutigen Europa darf man höchstens „Mitte-rechts“ stehen. Die Bezeichnung „die Rechte“ hat einen eindeutig negativen Klang, und die Bezeichnung „nationalkonservativ“, mit der man die Partei Recht und Gerechtigkeit in Deutschland umschreibt, dient dazu sie als eine Übeltäterin darzustellen. Die CDU oder die CSU werden niemals so bezeichnet, obwohl dieser Begriff, neutral gesehen, zu ihnen genauso gut, wenn nicht sogar noch besser passen würde.

Manchmal hat man den Eindruck, es seien Vorurteile gegen die Polen als Nation.

Im heutigen Deutschland gibt es, und das ist DER DRITTE GRUND für die Medienkampagne von der wir reden, dauerhafte und starke Vorbehalte, nicht gegen die Polen als Nation oder Ethnie, sondern gegen die traditionelle polnische politische Identität, die klassische polnische Ich-Erzählung, die polnische Gestalt des Politischen.

Sehr bezeichnend dafür war ein Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ über Jarosław Kaczyński. Dort nannte man ihn einen „Aufständischen“, einen Politiker, der in der Tradition der polnischen Nationalaufstände verwurzelt ist.

In unseren polnischen Ohren klingt eine solche Beschreibung sehr anerkennend. In deutschen Ohren klingt das nur abwertend. Für die Deutschen, genauso wie für die radikale Linke in Polen, ist die traditionelle polnische Ich-Erzählung, ist die Art wie wir uns selbst sehen, unseren Platz in der Welt wahrnehmen, überholt, nationalistisch, feindlich. Die Modernisierung sollte das endlich beseitigen. Doch, siehe da, es verschwindet nicht.

Der ganze Prozess der sogenannten polnisch-deutschen Versöhnung kränkelt und lahmt daran. Wenn sich jemand mit einem anderen versöhnen will, dann akzeptiert er seine Eigenschaften, achtet seine Identität. Diese Akzeptanz von deutscher Seite ist nicht gegeben. Dafür gibt es das Bestreben uns zu „erziehen“, aus den Polen ein anderes Volk zu machen, damit sich alle diese „Kaczyńskis“, die sich in der polnischen nationalen Tradition wiederfinden, in moderne „Tusks“ verwandeln, die

das traditionelle Polnisch-Sein, wie die Deutschen, als etwas unnormales empfinden.

Ich hatte die Hoffnung, dass deutsche Journalisten und deutsche Wissenschaftler, die in verschiedenen Denkfabriken und an Universitäten polnische Angelegenheiten analysieren, in den letzten acht bis zehn Jahren etwas dazugelernt und aus ihren Analyse-Irrtümern der Jahre 2005-2007 (erste Regierungszeit von Recht und Gerechtigkeit – Anm. Rd-P) Lehren gezogen haben. Es war naiv von mir.

DER VIERTE GRUND sind starke eigene nationale Interessen. Sie bewirken, dass die deutschen Medien meistens nicht in der Lage sind wahrzunehmen, dass z. B. wir in Polen durchaus rational handeln.

Vor kurzem erschien in der „Welt“ ein sehr treffender Kommentar, der die Deutschen davor warnte den Fehler zu machen und automatisch deutsche Interessen, deutsche Politik mit den Interessen ganz Europas gleichzusetzten. Sehr viele von ihnen glauben tatsächlich daran, dass sie immer recht haben und dass sie immer im Namen ganz Europas sprechen. Leider ist großen Teilen der deutschen Gesellschaft und ihren, vor allem elektronischen Medien, die Fähigkeit abhandengekommen sich mal in die Lage der anderen zu versetzen, mal auf Distanz zu sich selbst zu gehen, eigene Vorstellungen und Interessen in einem übergeordneten Zusammenhang zu sehen. (…)

In wieweit spiegelt diese auf Polen bezogene, heftige deutsche Medien-Schelte die Meinung der Politiker in Berlin wieder? Kann man diese Standpauken auch als verdeckte politische Signale deuten?

Zweifellos üben Medienberichte einen gewissen Einfluss auf die Meinungsbildung der Politiker aus. Zum Glück sind Politiker realitätsbezogener, deswegen würde ich die inzwischen rein negative Meinung der deutschen Medien zu Polen nicht mit der Meinung der deutschen Politiker gleichsetzten. Die deutschen Medien schaffen jedoch eine ungute Atmosphäre in den polnisch-deutschen Beziehungen. Umso mehr, als dort z.B. neulich zu lesen war, dass man sich im Falle Ungarns noch eine gewisse Tolerierung leisten konnte, aber im Falle unsres Landes sei das nicht denkbar.

Ich würde mir sehr wünschen, dass die Achtung für unsere polnischen Entscheidungen, für unsere Politik, eines der Fundamente der pol-

nisch-deutschen Beziehungen darstellt. Diesen Beziehungen sollte das Prinzip zu Grunde liegen, dass die Frage wie wir unsere internen Probleme regeln wollen vor allem unsere Angelegenheit ist.

So wie wir das Geschehen in Deutschland beobachten, analysieren, uns zu vielem Gedanken machen, aber uns nicht das Recht anmaβen den Deutschen unsere Sichtweisen mit medialer Brachialgewalt geradezu aufzuzwingen, geschweige denn sich in ihre Angelegenheiten einzu-mischen.
Darum würde ich unsere deutschen Partner schon bitten. (…).
RdP

AUS DEUTSCHEN LANDEN, REICHLICH VORHANDEN

Landschaft nach der Übernahme. Deutsche Konzerne auf dem polnischen Medienmarkt.

Die aktuellen Erhebungen haben eigentlich nichts Neues ans Tageslicht gebracht, und doch stockte vielen wieder einmal der Atem, denn die Zahlen sind wahrlich überwältigend. Platz eins: Bauer-Verlag, der 2014 knapp 294 Mio. Exemplare seiner Presserzeugnisse in Polen verkauft hat. Rang zwei: Ringier Axel Springer – mit nicht ganz 123 Mio. Exem-plaren. Platz drei: Passauer Neue Presse (Polska Press Grupa): knapp 112 Mio. Rang sieben: Burda-Verlag mit gut 27 Mio. Exemplaren. Fazit: siebzig Prozent der Medien in Polen, abgesehen von TV-Sendern, befind-en sich in deutschem Eigentum, darunter praktisch alle Regionalzeitun-gen.

Der erste polnische Verlag auf der Liste: Agora („Gazeta Wyborcza“ u.a.), belegt Platz vier mit knapp 66 Mio. verkaufter Exemplare.

Seitdem das Internet-Fachportal „wirtualnemedia.pl“ Ende April 2015 die Zahlen für das Jahr 2014 veröffentlicht hat, wird das Thema „pol-nisch-sprachige deutsche Medien in Polen“ immer wieder in der Öf-fentlichkeit aufgegriffen. Im Wahljahr 2015 (Mai – Präsi-dentschaftswahlen, Oktober – Parlamentswahlen), eigentlich kein Wun-der.

In Deutschland nicht vorstellbar

Wären solche Zustände in Deutschland möglich? Theoretisch ja, praktisch jedoch sind sie nicht vorstellbar. Im Herbst 2005 verkaufte die deutsche Verlagsgruppe Holtzbrinck für etwa 150 Mio. Euro den Berliner Verlag (u. a. der Herausgeber der „Berliner Zeitung“) an die Mecom Group des britischen Medienmanagers David Montgomery. Deutschlandweit rief dies einen Sturm der Entrüstung hervor. Erstmals war ein deutsches Zeitungshaus in den Besitz eines ausländischen Finanzinvestors gelangt. Montgomerys „Gebaren“ wurde seitdem fortlaufend von den deutschen Medien beobachtet. Ablehnung und Tadel waren an der Tagesordnung. Im Januar 2009 endete „der Spuk“. Der Kölner Verlag M. DuMont Schauberg kaufte die „Berliner Zeitung“ „zurück“.

Angesichts der geballten deutschen Kritik an dem Briten Montgomery und seinem Kauf, kam niemandem in Deutschland in den Sinn von „antibritischer Stimmungsmache“ oder „antibritischen Ressentiments“ zu sprechen. Wer dagegen die deutsche mediale Vorherrschaft in Ostmitteleuropa oder in Polen anspricht, muss darauf gefasst sein, dass ihm „Germanophobie“, „Nationalismus“ oder andere niedrige Beweggründe unterstellt werden. Dies ist ein probates Mittel, um der Diskussion darüber auszuweichen, wie es zu einer solchen Dominanz kommen konnte und welche Folgen sie hat.

Ein Parteikonzern wird zerschlagen

Das Konzept der sogenannten Transformation, also der Übergangs vom Kommunismus zur Marktwirtschaft im ganzen ehemaligen Ostblock, sah, allem voran, den Ausverkauf des Staatseigentums vor. Es gibt viele Schätzungen, doch es überwiegt die These, das polnische Staatseigentum sei für etwa zehn Prozent seines realen Wertes veräußert worden.

Verkauft wurden auch Zeitungen. Das bewerkstelligte in Polen der Abwicklungsausschuss (Komisja Likwidacyjna), der ab 1990 das riesige Vermögen des staatlichen Konzerns RSW Prasa-Książka-Ruch (Arbeiterverlagsgenossenschaft Presse-Buch-Vertrieb) unter den Hammer brachte.

RSW war der größte Pressekonzern Ostmitteleuropas. Bis 1990 gehörten ihm 45 Tageszeitungen (darunter das Parteiorgan „Trybuna Ludu“) und 235 Zeitschriften mit einer einmaligen Auflage von 3,5 Mio. Exemplaren. Er kontrollierte den gesamten Pressevertrieb im Land, besaß

17.000 Zeitungskioske und 200 Zwischenlager. Hinzu kamen 7 Buchverlage, 5 Agenturen (darunter die Agentur Interpress (PAI), auf deren Betreuung, gegen Entgelt, alle ständigen ausländischen Korrespondenten und Reisejournalisten angewiesen waren, und die Zentrale Fotoagentur (CAF), die die gesamte Presse mit Bildern belieferte), 17 Großdruckereien, eine Philatelie-Handelskette, 4 große Mitarbeiter-Erholungsheime, wertvolle Grundstücke mit Bürogebäuden in ganz Polen usw., usf.

Die „Arbeiterverlagsgenossenschaft“ war in Wirklichkeit Eigentum der herrschenden, kommunistischen Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und, neben den Mitgliederbeiträgen, ihre wichtigste Geldquelle.

Im März 1990 verabschiedete der Sejm den Beschluss zur Abwicklung des Konzerns. Ein Teil der Zeitungen wurde, zu Vorzugspreisen, an Mitarbeiter-Genossenschaften verkauft. Die jedoch hatten kein Geld für den Computersatz (DTP), der gerade groß im Kommen war, für besseres Papier, Layout, Recherchen usw. Von Schulden bei Druckereien und im Vertrieb geplagt, gingen sie entweder Pleite oder nahmen ausländische Investoren mit an Bord, die bald darauf den ganzen Laden übernahmen. Die einzige Mitarbeiter-Genossenschaft, die nach 1990 überlebte, und erst kürzlich in eine GmbH umgewandelt wurde, ist die des postkommunistischen Wochenmagazins „Polityka“.

Die restlichen Zeitungen und Zeitschriften verkaufte man der französischen Verlagsgruppe Hersant und der norwegische Firma Orkla Media. Sie waren die großen ausländischen Spieler der ersten Stunde.

Bauer Media Group

Deutsche Medienkonzerne, zunächst noch mit den Folgen der Wiedervereinigung beschäftigt, waren von Anfang an dabei, hielten sich jedoch im Hintergrund, sondierten erst einmal das neue Gelände, wie z.B. der Bauer-Verlag, der 1991 mit der polnischen Version der Jugendzeitschrift „Bravo“ einen ersten Testballon steigen ließ.

Heute besitzt Bauer RMF den größten privaten Radiosender des Landes, das mächtige Internetportal Interia.pl und eine Großdruckerei in Ciechanów, im Nordosten des Landes. Dazu eine riesige Palette an Zeitschriften, unter denen sich sieben der zehn bestverkauften des Landes befinden: „Twój Styl“ („Dein Stil“), „Kobieta i Życie“ („Frau und

Leben“), „Chwila dla Ciebie“ („Ein Augenblick für Dich“), „Bravo“, „PC Format“, „Tele Tydzień“ („Tele Woche“), „Tele Świat“ („Tele Welt“), „T-woje Imperium“ („Das Imperium“), „Świat Kobiety“ („Welt der Frau“), „To & Owo“ („Dies & Das“), „Życie na Gorąco“ („Das Leben ganz heiβ“) und weitere achtzig Titel.

Burda International PL

Im Jahr 1993 kam Gruner+Jahr mit der Hochglanzzeitschrift „Claudia“ auf den polnischen Markt, einem Produkt, das die einheimischen, eher grauen denn bunten Frauenmagazine sofort in den Schatten stellte. Mit der prachtvollen „National Geographic“ (G+J erwarb die Lizenz für ganz Ostmitteleuropa) landeten die Hamburger kurz darauf einen weiteren Volltreffer.

Im Jahr 2013 verkaufte G+J seine polnischen Unternehmungen an Burda International Polska, der im Augenblick elf Hochglanzmagazine herausgibt, darunter „Elle“, „In Style“, „Claudia“, „Burda“, „Focus“, „Gala“, „National Geographic Polska“, „Chip“.

Polska Press Grupa

Atemberaubend gestaltete sich auch die Invasion der Passauer Neuen Presse in Polen. Seit Jahren schon kursiert das Gerücht, der kleine Verlag aus Passau sei von Bertelsmann vorgeschickt worden, um den Markt der Regionalzeitungen in Ostmitteleuropa zu erobern.

Im Jahr 1994 kauften die Passauer der französischen Hersant-Gruppe die ersten Regionalzeitungen in Polen ab. Heute hat der Verlag 19 Regionalzeitungen: Dziennik Bałtycki („Ostsee Tagblatt“) – Gdańsk/Danzig, „Dziennik Łódzki“ („Lodzer Tagblatt“) und „Express Ilustrowany“ („Der Bebilderte Express“) – Łódź/Lodz, „Dziennik Zachodni“ („West-Tagblatt“) – Katowice/Kattowitz, „Gazeta Krakowska“ („Krakauer Zeitung“) und „Dziennik Polski“ („Polnisches Tagblatt“) – Kraków/Krakau, „Głos Wielkopolski“ („Die Stimme Groβpolens“) – Poznań/Posen, „Gazeta Wrocławska“ („Breslauer Zeitung“) – Wrocław, „Kurier Lubelski“ („Lubliner Kurier“) – Lublin, „Metropolia Warszawska“ („Die Warschauer Metropole“) – Warszawa, „Gazeta Lubuska“ („Lebuser Zeitung“) – Zielona Góra/Grünberg, „Gazeta Pomorska“ („Pommerische Zeitung“) und ”Express Bydgoski” („Bromberger Express“) – Bydgoszcz/Bromberg, ”Nowości – Dziennik Toruński“ („Neuigkeiten – Thorner Tagblatt“) – Toruń, „Kurier

Poranny“ („Morgenkurier“) und „Gazeta Współczesna“ („Zeitgenössische Zeitung“) – Białystok, „Nowa Trybuna Opolska“ („Neue Oppelner Tribüne“) – Opole, „Echo Dnia“ („Tagesecho“) – Kielce, „Gazeta Codzienna Nowiny“ („Tageszeitung – Neuigkeiten“) – Rzeszów, „Głos Dziennik Pomorza“ („Die Stimme – Pommerisches Tagblatt“) – Słupsk/Stolp.

Der Monopolbildung auf dem Regionalzeitungsmarkt hat die polnische Antimonopolbehörde (UOKiK), beim Zukauf weiterer Blätter durch die Passauer Neue Presse 2013, ausdrücklich zugestimmt. Die Behörde untersteht direkt dem Ministerpräsidenten. Amtsinhaber in jener Zeit war Donald Tusk.

Zu diesem Konglomerat gesellen sich: mehr als einhundert lokale Wochenblätter, sowie die landesweite kostenlose Zeitung „Nasze Miasto“ („Unsere Stadt“) – Wöchentliche Gesamtauflage 0,5 Mio. Exemplare. Außerdem: vier Anzeigenblätter, fünf Fernsehzeitschriften, sechs Anzeigeninternetportale, 15 Internetfachportale für das Bauwesen.

Die Passauer geben zudem eine landesweite Tageszeitung heraus „Polska The Times“ und betreiben eine Nachrichtenagentur (Agencja Informacyjna Polska Press).

Ringier Axel Springer

Der Springer-Verlag betreibt sein Polen-Geschäft zusammen mit dem Schweizer Medienkonzern Ringier AG. Anders als die Passauer, hat er es auf landesweite Medien abgesehen.

Springer ist Herausgeber von „Fakt“ (der polnischen „Bild-Zeitung“, wie sie genannt wird), der auflagenstärksten Zeitung Polens (Verkauf 2015: ca. 350.000 Exemplare) und von zwei Sport-Blättern: „Sport“ und „Przegląd Sportowy“ („Sport Rundschau“).

Hinzu kommen: das radikal antikatholisch und gegen die nationale polnische Tradition ausgerichtete Kampfblatt „Newsweek Polska“, das Wirtschafts-Monatsmagazin „Forbes“ und das größte, und ähnlich wie „Newsweek Polska“, ideologisch gefärbte polnisch sprachige Internetportal Onet.pl. Des Weiteren hat der Konzern eine Reihe von Computer--Fachzeitschriften in seinem Angebot.

„Mediale Kolonie“

Die schärfsten Kritiker des geschilderten Zustandes sprechen von Polen als einer deutschen „medialen Kolonie“. „Wohin der Eingeborene in der polnischen Medienlandschaft auch blickt, überall sieht er deutsche Plantagen“, so der Ende 2014 verstorbene, katholische Solidarność-Aktivist aus Oberschlesien Kazimierz Świtoń.

Die Medienkundlerin Olga Dąbrowska-Cendrowska von der Jan-Kochanowski-Universität in Kielce hat Ende 2014 eine Studie mit dem Titel “Burda Media Polska, Bauer Media, Ringier Axel Springer, G+J Polska – die Kondition der »großen deutschen Vier« auf dem polnischen Medienmarkt“ veröffentlicht. Es ist eine umfangreiche Analyse des Werdegangs dieser Firmen in Polen, ihrer Unternehmens- und Verkaufsstrategien.

Das Fazit der Studie lautet: diese Firmen seien „die wichtigsten Verleger auflagenstarker Magazine. (…) Ihr wesentlichster Ansatz lautet: Gewinnerzielung bei kleinstmöglichem Eigenengagement. Die Vereinheitlichung der Inhalte und der Botschaften, „Tabloidisierung“ (verstanden als Sensationshascherei, Tabubruch, Katastrophenjournalismus, Ausleuchtung des Privatlebens von Stars, Alltagsgeschichten – Anm. Rd-P), mit dem Ziel den Interessen eines wenig anspruchsvollen Verbrauchers zu genügen, begünstigen die Erwirtschaftung zufriedenstellender Gewinne.“

Der Medienwissenschaftler von der Uniwersytet Śląski (Schlesische Universität) in Katowice, Prof. Stanisław Oniszczuk bestätigt das, geht jedoch entschieden weiter: „Selbstverständlich sind Gewinne für die Unternehmen das Wichtigste. Deswegen haben ja die deutschen Konzerne Marksegmente der Frauen-, Fernseh,- Computer – und Autozeitschriften erobert. Stets jedoch bleibt die Frage offen: schreitet im Gefolge dieser Verleger nicht auch eine Informationspolitik, die mit der polnischen Staatsraison nicht immer vereinbar ist, voran?“

Prof. Ryszard Terlecki, Historiker, Medienexperte und Politiker der nationalkonservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) hegt in dieser Hinsicht keine Zweifel: „Jede Nation hat ihre eigenen Traditionen, ihr Wertesystem, ihren Kulturcode. Medien die von außen kommen, scheren sich nicht darum, sondern zwingen ein Wertesystem auf, das ihrer Heimat eigen ist.“

Beobachtet und zusammengefasst

An der Spitze der deutschen Medienunternehmen in Polen haben erfahrene deutsche Kaufleute das Sagen. Ihre einzige Aufgabe: den Stammhäusern in Berlin, Offenburg und woanders stets satte Gewinne einzufahren. Wie erreicht man dieses Ziel? Polnische Medienwissenschaftler weisen auf einige typische Erscheinungen hin:

1. Regionale Medien

A. In den regionalen Medien sind investigativer Journalismus und die Kontrollfunktion gegenüber der regionalen Verwaltung praktisch außer Kraft gesetzt. Man will keine „Scherereien“. Zudem sind kommunale Behörden wichtige Anzeigengeber in der oft vor sich hindämmernden polnischen Provinz. So verschmelzen die regionalen, polnischsprachigen Medien, die in weiten Teilen des Landes völlig konkurrenzlos agieren, mehr oder weniger zu einem Bestandteil der regionalen Machtkartelle, die von Amtsperiode zu Amtsperiode wiedergewählt werden und alles unter Kontrolle haben.

B. Die Chefposten werden mit „Managern“ besetzt, die stets bereit sind das journalistische Berufsethos an den Nagel zu hängen, denn Werbung, „Productplacement“ und als Berichte getarnte Sponsorenbeiträge haben absoluten Vorrang.

C. Eine Zeitung soll vor allem unterhalten, Ratgeber sein, Lokales möglichst auf Hagelschäden, Feuerwehrfeste und Umleitungen reduzieren.

D. Vor der Übernahme hatten Regionalzeitungen, wie „Dziennik Polski“ („Polnisches Tagblatt“) aus Kraków oder „Głos Wielkopolski“ („Die Stimme Groβpolens“) aus Poznań, auch eine überregionale, meinungsbildende Bedeutung. Inzwischen sind auch sie der Gleichschaltung zum Opfer gefallen.

E. In der eher unpolitischen Gangart der polnischsprachigen deutschen Regionalmedien gibt es einige bemerkenswerte Ausnahmen. Zu ihnen gehört ganz gewiss das auffällig starke, jahrelange Engagement des „Dziennik Zachodni“ („West-Tagbaltt“) in Katowice für die Oberschlesische Autonomiebewegung, die als Vertreterin einer nirgendwo anerkannten „schlesischen Nation“ sich de facto für die Loslösung Oberschlesiens von Polen einsetzt.

F. Ob auf Anweisung oder als Folge des vorauseilenden Gehorsams ihrer

polnischen Angestellten, Tatsache ist, dass in den monopolisierten regionalen Medien eindeutig propolnische Stellungnahmen zu kontroversen polnisch-deutschen Themen (Frau Steinbachs Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin, Kontroverse um den Film „Unsere Mütter, unsere Väter“, in dem die Polen als blutrünstige Antisemiten dargestellt worden sind usw.) kaum zu vernehmen sind.

2. Bunte Blätter

Große Teile dieser Blätter werden in Deutschland geschrieben, bebildert und vor Ort ins Polnische übersetzt. So wird, wie Prof. Terlecki sagt, „der eigene Kulturcode“ ins Nachbarland befördert.

3. Überregionale Medien

Mit dem Massenblatt „Fakt“ haben es die Kaufleute von Ringier Axel Springer auf das sensationslustige Massenpublikum abgesehen. Vorbild und Maßstab aller Dinge ist hier die deutsche „Bild-Zeitung“, die aber in Polen inzwischen eindeutig überboten worden ist. „Fakt“ teilt blindlinks in alle Richtungen aus, schürt Konflikte, stachelt an, wuchert mit Blut und Brutalität. Neustes Beispiel: Mitte August 2015 hat ein offensichtlich Geisteskranker, auf offener Straße in Kamienna Góra/Landshut in Niederschlesien, mit einer Axt ein 10jähriges Mädchen erschlagen. „Fakt“ brachte das Foto der Sterbenden auf der ersten Seite, was sogar den sonst deutschlandfreundlichen ehem. Außenminister Sikorski zu der Twitter-Eintragung veranlasste: „I wonder if in Germany @Axel Springer would dare to splash a photo of a 9-year-old-girl murderd with an axe“.

Ansonsten setzten die Manager Ringier Axel Springer auf die kaufkräftigste Kundschaft; das etablierte junge und etwas reifere, gut verdienende, genussfreudige Großstadtpublikum und diejenigen, die gerne dazu gehören möchten. Man gibt sich „europäisch“, nationale Tradition, Geschichte, Literatur, das Einstehen für das eigene Land, Religion, Familie gelten als „längst überholt“ und diejenigen, die dazu stehen gelten als „Hinterwäldler“ und „Dörfler“. Für die Erstgenannten steht symbolisch Donald Tusk, für die anderen Jarosław Kaczynski.

Springer-Blatt „Newsweek Polska“ und die Kirche. „Polens Kirche deckt Pädophilie“. 9/2013

„Gottesfürchtiger Sex“. 39/2012

„Vater in Soutane“ 31/2012.

In diesem Konflikt, den sie geradezu schüren, bekennen sich „Newsweek Polska“ und das Internetportal Onet.pl eindeutig zu den Ersteren. Das Titelbild des „Newsweek Polska“, auf dem der Oralverkehr zwischen einem Kind und einem Priester suggeriert wird, spricht Bände. Wahre Begebenheiten spielen auch in diesem Fall keine Rolle.

Sie geben Hunderte von Blättern heraus, aber ein Ruhmesblatt ist das Wirken deutscher Medienkonzerne in Polen für sie beileibe nicht. Sie haben, die ohnehin vorhandene, mediale Sumpflandschaft an der Weichsel erheblich vertieft und erweitert. Zarte Versuche von Springer die politische Kultur positiv zu bereichern, mit einer Tageszeitung wie „Dziennik Polska – Europa – Świat“ („Tagblatt Polen – Europa – die Welt“ 2006-2009) oder der hoch intellektuellen Beilage zum Revolverblatt „Fakt“ („Tygodnik Idei Europa“ – „Wochenblatt der Ideen Europa“) sind längst Geschichte. Es geht ja auch nicht um Ruhm, sondern nur ums Geld, und die Kaufleute an ihrer Spitze sind zu sehr vielem bereit.

„Väter in Soutanen“. 31/2010

Hat also Stefan Bratkowski, der Doyen des polnischen Journalismus und, nebenbei bemerkt, ein glühender Gegner Jarosław Kaczyńskis und seiner politischen Richtung, mit seiner bereits 2003 ausgesprochenen Warnung doch recht gehabt? „Es ist sehr gefährlich, wenn ausländische Medien mit Monopolcharakter die öffentliche Meinung formen. Das kann den Informationsfluss in unserem Land gefährden und bewirken, dass die Diskussion über die für Polen wichtige Themen, ausschließlich durch ausländische Medienkonzerne moderiert wird.“

Mit einem Anteil von 70 Prozent der polnischsprachigen deutschen Medien am polnischen Medienmarkt ist die Ausschließlichkeit noch nicht erreicht, doch sie existiert bereits bei den Regionalzeitungen. Das Gleichgewicht jedenfalls ist eindeutig gestört.

© RdP

DAS WICHTIGSTE AUS POLEN 28. MAI –

10. JUNI 2017

Kommentatorin Aleksandra Rybińska und Janusz Tycner diskutieren die wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit in Polen. ♦ Exhumierung der Opfer der Smolensk-Flugzeugkatastrophe vom 10. April 2010 bringt erschreckende Tatsachen ans Tageslicht. ♦ Polen ist nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat geworden. ♦ Erdgas aus den USA direkt nach Polen. Russland hat das Nachsehen. ♦ Buhrufe, Zwischenrufe, lautes Fußstampfen für polnische Vertreter bei den 10. Polnisch-Deutschen Medientagen. Neue Qualität des Dialogs mit Polen.

DAS WICHTIGSTE AUS POLEN 9. APRIL – 29. APRIL 2017

Kommentator Andrzej Godlewski und Janusz Tycner diskutieren die wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit in Polen. ♦ High Tech aus Polen. Das Partnerland der diesjährigen Hannover Messe möchte das Image des Niedriglohnlandes abstreifen. Pläne, Vorhaben und Hindernisse. ♦ In Hannover wieder einmal sichtbar geworden: das Janusgesicht der polnisch-deutschen Zusammenarbeit. Sehr gute Wirtschaftsbeziehungen begleitet von einem gestörten politischen Verhältnis. ♦ Deutsche Medienvorherrschaft in Polen im Schatten des geplanten Dekonzentrierungsgesetztes.

Dazu empfehlen wir: http://www.radiodienst.pl/abenteuer-und-kapriolen-des-springer-verlages-im-staate-polen/ und http://www.radiodienst.pl/aus-deutschen-landen-reichlich-vorhanden/

♦ Vom Untergang bedroht: Polens zweitgrößte Oppositionspartei, Nowoczesna/Die Moderne.

DAS WICHTIGSTE AUS POLEN 20. MÄRZ – 8. APRIL 2017

Kommentatorin Aleksandra Rybińska und Janusz Tycner diskutieren die wichtigsten Ereignisse der letzten Zeit in Polen.

♦ Ein Jahr neues Kindergeld 500 +. Eine durch und durch positive Bilanz. Dazu empfehlen wir: http://www.radiodienst.pl/frau-szydlos-neues-kindergeld-2/

♦ Landesweiter Lehrerstreik fiel eher schwach aus. Schulreform auf dem Vormarsch.

♦ Das Komitee zur Verteidigung der Demokratie, einer der wichtigsten Pfeiler der Ablehnungsfront gegen die jetzige Regierung geht unter in einem Sumpf aus Streit, Finanzaffären und Spendendiebstahl.

♦ Nur noch ein knapper Vorsprung. Umfragetief der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit.

♦ Ein an die Öffentlichkeit geratener Rundbrief des Chefs des Springer-Verlages in Polen sorgt für viel Unmut und dürfte erhebliche Folgen haben. Dazu empfehlen wir: http://www.radiodienst.pl/aus-deutschen-landen-reichlich-vorhanden/

DAS WICHTIGSTE AUS POLEN 23. OKTOBER -29. OKTOBER 2016

Kommentatorin Aleksandra Rybińska und Janusz Tycner diskutieren die wichtigsten Ereignisse der letzten Woche in Polen. Proteste gegen den Schutz des ungeborenen Lebens ebben ab. Ein neues soziales Programm, mehr Unterstützung für Frauen in Notlagen – die Regierung will alles tun, um Frauen zu überzeugen von der Tötung ungeborener Kinder abzuse-

hen. Polens Medienlandschaft: Regierungsgegner eröffnen drei neue Fernsehsender. Neue große Investitionen in der Autobranche (Mercedes, Toyota, Fiat) bringen statt Billigjobs Innovationen ins Land. Nach der Hubschrauber-Absage: wie geht es weiter in den polnisch-französischen Beziehungen. Unverhoffte Erwärmung in den polnisch – weiβrussischen Beziehungen.

DAS WICHTIGSTE AUS POLEN 15. MAI – 21. MAI 2016

Kommentatorin Aleksandra Rybińska und Janusz Tycner gehen auf die wichtigsten Ereignisse der Woche ein: neue Regierung stellt eine umfangreiche Bilanz des achtjährigen Tuns und Lassens der Kabinette Donald Tusks und Ewa Kopacz vor. Neben Korruption und Miβwirtschaft wiegt die polizeiliche Bespitzelung von politischen Gegnern und kritischen Journalisten am schwersten. Die Vorbereitungen zum Nato-Gipfel in Warschau am 8.-9. Juli 2016 laufen auf Hochtouren. Stärkung der Ostflanke der Allianz beschlossene Sache. Warum berichten deutsche Medien aus Polen dermaβen einseitig? Überlegungen nach den 9. Polnisch-Deutschen Medientagen in Leipzig.